

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Poststellen nennen alle Postkantinen des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweimundstzigster Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfseitige Seite oder deren Raum, Klammern verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Grupski (G. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Grupski (G. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Hermann Kassner; in Grätz bei Herrn Louis Strelzand und Herrn P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Wosse; in Berlin: A. Meyer, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annonen-Expedition, Laubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Wiss & Freund; in Frankfurt a. M. G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 11. Novbr. Se. M. der König haben Allernächst geruht: Dem Postmeister Knabe zu Gladbach, Kfr. Biedenkopf, dem Strafanstaltsdirektor, Major a. D. Lüttgen zu Hannover und dem Reg.-Rangier-Inspектор zu Erfurt den Roten Adler-Orden IV. Kl.; dem Geh. expedit. Sekretär und Kalkulator Hufnagel im Kriegsministerium und dem Stadt-Sekretär Hartmann zu Köln den Kronen-Orden IV. Kl.; sowie dem Schiffer Hirchmann zu Winkel im Rheingau-Kreise die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; ferner den bisher als Hilfsarbeiter im Justiz-Ministerium beschäftigten Obergerichts-Rath Dr. Dorotheus aus Hannover, zum Geh. Justiz-Rath und vortragenden Rath im Justiz-Ministerium zu ernennen.

Dem Rechtsanwalt und Notar Heller in Bergen ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Hanau und dem Rechtsanwalt Wetsch an zu Schenklengsfeld die Verlegung seines Wohnsitzes nach Fulda gestattet worden.

Die Kreisordnung in der Spezialberathung.

Während sich das Haus der Abgeordneten in der Generaldebatte erst die Tragweite des Kreisordnungsentwurfes klar zu machen suchte und die Parteien in allgemeinen Zügen ihre Stellung dazu bezeichneten, suchen die Parteien jetzt in der Spezialdiskussion den Entwurf nach ihren Wünschen abzuändern. Das Haus hat bis jetzt drei Sitzungen der Spezialdebatte gewidmet, die erste am 2. d. M., die zweite am 9. d. M., die dritte gestern (vergleiche Landtag). Und mit solcher Gründlichkeit sind die Berathungen geslossen worden, daß in der ersten Sitzung nur 4, in der zweiten gar nur 3 Paragraphen zur Annahme gelangten. Der Gesetzentwurf umfaßt 142, einschließlich des Wahlreglements 151 Paragraphen, außerdem hat das Haus ein Unterrichtsgesetz, die neuen Finanzgesetze, das Budget und eine Menge anderer Vorlagen zu erledigen, so daß sich die Prophetezeitung, welche den Schluß des Landtages am 20. Januar voraus sieht, wohl als eine sehr voreilige beweisen wird, selbst wenn Herr v. Forckenbeck von jetzt ab in täglichen Morgen- und Abendsitzen das Haus anstrengt und die Presse.

Die Spezialberathung des Entwurfs der Kreisordnung hat bereits einige ganz interessante Momente gehabt, und es dürfte unseren Lesern nicht ungelegen sein, mit uns das Vollbrachte zu überblicken, um das Kommende besser zu begreifen.

Der erste Titel der Kreisordnung handelt "Von den Grundlagen der Kreisverfassung"; er zerfällt in 3 Abschnitte und 17 Paragraphen. Der erste Abschnitt, betitelt "Von dem Umfang und der Begrenzung der Kreise" bildete das Thema der Sitzung vom 2. d. M. Die 4 Paragraphen des Abschnitts lauten jetzt:

§ 1. Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Verwaltungsbereiche bestehen.

§ 2. Jeder Kreis bildet nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Korporation.

§ 3. Die Veränderung bestehender Kreisgrenzen, die Bildung neuer sowie die Zusammenlegung mehrerer Kreise erfolgt durch Gesetz. Dasselbe Gesetz soll die etwa in Beirat kommenden Grundsätze der Auseinandersetzung regeln. Streitigkeiten, welche bei der Auseinandersetzung selbst entstehen, unterliegen dem ordentlichen Rechtsweg.

Private Verhältnisse werden durch dergleichen Veränderungen nicht berührt. Veränderungen solcher Gemeinde- oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Kreisgrenzen sind, ziehen die Veränderungen dieser Kreisgrenzen und wo die Kreis- und Wahlbezirksgrenzen zusammenfallen, auch der letzten ohne Weiteres nach sich. Eine jede Veränderung der Kreisgrenzen ist durch das Amtesblatt bekannt zu machen.

§ 4. Städte, welche mit Auschluß der aktiven Militärpersone eine Einwohnerzahl von mindestens zwanzigtausend Seelen haben und gegenwärtig einem Landkreis angehören, sind befugt, für sich einen Kreisverband, Stadtkreis (§ 121) zu bilden und zu diesem Verhause aus dem derselben Kreisverbande auszusteigen.

Auf den Antrag der Stadt hat der Minister des Innern dieselbe für ausgeschieden zu erklären. Mit dem Antrage zugleich muß die Stadt entweder die zwischen ihr und dem Kreise geschlossene Auseinandersetzung beibringen, oder die Feststellung der Grundsätze der Auseinandersetzung beantragen. In dem ersten Falle hat es bei dem getroffenen Abkommen sein Bewenden. In dem zweiten Falle ordnet der Minister des Innern die Grundsätze der Auseinandersetzung an, welche so lange in Gültigkeit bleiben, bis die Beteiligten ein anderweitiges Abkommen getroffen haben. Auch steht jedem Beteiligten innerhalb dreier Monate nach Bekanntgabe der Anordnung des Ministers des Innern der Rechtsweg gegen dieselbe offen. Über die streitigen Punkte wird im ordentlichen Rechtsweg entschieden.

Der gesperte Druck bezeichnet die Stellen, welche als Anträge der nationalliberalen und der Fortschrittspartei anstatt der Bestimmungen des Regierungsentwurfs aufgenommen wurden. Die Liberalen haben also gleich in der ersten Berathung ihr Übergewicht gezeigt, und dies dürfte von um so besserer Wirkung sein, als die Freikonservativen den Beschlüssen der Liberalen teilweise zustimmten. In diesen ersten Abstimmungen befand sich der feste Wille der Majorität im Abgeordnetenhaus, in der Kreisverfassung Gesetz und Richter an Stelle der Verwaltungsmäßregeln und der Polizei zu bringen, und wir dürfen hoffen, daß auch bei den folgenden Berathungen die aus diesem Prinzip hervorgegangenen Anträge stets eine Majorität finden werden.

In der Sitzung am 9. November ging das Haus zum 2. Abschnitt über, welcher die Ueberschrift trägt: "Von den Kreisangehörigen, ihren Pflichten und Rechten", und die Paragraphen 5 bis 16 umfaßt. Die ersten drei

Paragraphen des Abschnitts wurden in folgender Fassung angenommen:

§ 5. Angehörige des Kreises sind mit Ausnahme der nicht angestellten servistisch-rechtlichen Militärpersone des aktiven Dienststandes alle diejenigen, welche innerhalb des Kreises einen (die Vorlage sagte: ihren) Wohnsitz haben.

§ 6. Die Kreisangehörigen sind berechtigt: 1) zur Theilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Kreises, nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes; 2) zur Nutzbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises.

§ 7. Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, unbefolgte Amtster in der Verwaltung und Vertretung des Kreises zu übernehmen. — Zur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung solcher Amtster berechtigen folgende Entschuldigungsgründe: 1) anhaltende Krankheit, 2) Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit vom Kreise mit sich bringen, 3) ein Alter über 60 Jahre, 4) ärztliche oder wundärztliche Praxis, 5) die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes, 6) sonstige besondere Verhältnisse, welche nach Ermessung des Kreistags eine gültige Entschuldigung begründen. — Wer ein unbefoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Kreises während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsduer verfehlt, kann die Übernahme eines solchen für die nächsten drei Jahre ablehnen. — Wer sich ohne einen der vorbeschriebenen Entschuldigungsgründe weigert, ein unbefoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Kreises zu übernehmen, oder das übernommene Amt während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsduer zu verfehlen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Amtster tatsächlich entzieht, kann durch Beschluss des Kreistags für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren den Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Vertretung und Verwaltung des Kreises für verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker als die übrigen Kreisangehörigen, zu den Kreisabgaben herangezogen werden. (Das legte Alinea des § in der Regierungsvorlage. Dieser Beschluss bedarf der Bestätigung der Bezirks-Regierung wurde gestrichen.)

Dieser lezte § rief eine Unzahl von Abänderungsanträgen und langwierige Debatten hervor. Die meisten bezogen sich auf redaktionelle Änderungen, von den anderen erwähnen wir, daß Abg. Mittschle-Collande die Geldstrafen ganz befeitigen und nur die Ehrenstrafen befeitigen lassen wollte, während v. Kardorff und v. Hennig die Geldstrafen zu erhöhen strebten. Indessen wurden diese Amendements ebenso abgelehnt wie v. Hennigs Antrag, der gegen die Entscheidungen des Kreistags den ordentlichen Rechtsweg als Rekursinstanz öffnen wollte.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses (vergl. unter Landtag) wurde der wichtige § 8 und der "wichtigste" § 9 berathen aber nicht erledigt. Man sieht, daß Tempo der Diskussion wird immer langsamer, wohl darum, weil man in den genannten §§, welche die Beitragspflicht und die Vertheilung der Kreisabgaben betreffen, den Prinzipien- und Interessenfragen so nahe kommt, daß eine Entscheidung Schwierigkeiten macht. Man darf annehmen, daß das Resultat, welches schließlich für § 9 erzielt wird, gewissermaßen einen Anhalt für das weitere Schicksal der Vorlage im Abgeordnetenhouse bieten wird. Es ist allerdings nicht leicht, sich über 14 Amendements zu verstündigen und daher der Antrag auf Überweisung dieses Paragraphen an die Kommission sicher nicht ohne greifbare Motive. Nichtsdestoweniger darf man es willkommen heißen, daß das Haus diesem Antrage nicht zugestimmt hat, denn eine Verweisung, auch nur eines Theiles der Vorlage an die Kommission in dem jetzigen Stadium der Berathung, würde das Zustandekommen des Ganzen mindestens verzögern, wenn nicht in Frage stellen. Von diesem Gesichtspunkte gingen denn auch diejenigen aus, welche gegen den Antrag stimmten. Wie urs aus dem Abgeordnetenhouse mitgetheilt wird, hofft man viel von der bewährten Umfrage des Präsidenten v. Forckenbeck bei der Abstimmung; die Fragestellung bietet freilich in seltenem Grade Schwierigkeiten.

Deutschland.

△ Berlin, 11. Novbr. Über die in Aussicht genommene Reise des Königs zu den Jagden in Böhmen waren bisher keine Bestimmungen getroffen, namentlich aus Rücksicht auf das ungünstige Wetter, welches bis jetzt herrschte. Da ein Wechsel der Witterung jetzt zum besseren eingetreten zu sein scheint, so werden wohl die Vorbereitungen zu der Reise jetzt in Angriff genommen werden. Man erwartet, daß dieselbe zu Ende der nächsten Woche unternommen werden wird. — Das Regulativ für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Provinz Schlesien, wie dasselbe aus den Berathungen des jüngsten außerordentlichen Provinzial-Landtages hervorgegangen ist, hat die Allerhöchste Genehmigung erhalten. Ebenso hat die von dem Provinzial-Landtag vollzogene Wahl des Landrats Grafen Rückert auf Ober-Weißstrich zum Landeshauptmann auf drei Jahre die landesherrliche Bestätigung gefunden. — Die Berichte aus den industriellen Kreisen von Oberschlesien melden namentlich einen Aufschwung in dem Absatz und dem Betriebe der Steinkohlen-Bergwerke. Die Nachfrage ist so lebhaft geworden, daß die Bestände der jüngsten Vergangenheit sich wesentlich verringert haben und die Förderung so eifrig als möglich betrieben werden muß, um den Bestellungen zu genügen. — Mit dem 1. Januar 1870 werden sämtliche Bureaus des hiesigen Magistrats, welche bisher noch anderweitig untergebracht waren, nach dem neuen Rathause verlegt werden. — Auf Veranlassung des Magistrats werden die Schulkinder Berlins, getrennt nach Geschlechtern, einer Zählung und zwar nach Stadtbezirken unterworfen werden, um auf diese Weise ermitteln zu können, ob auch alle schulpflichtigen Kinder die Schule besuchen.

○ Berlin, 11. November. Der hinkende Vorte in der Angelegenheit des Langensalza-Denkmales, auf den ich gestern aufmerksam machte, scheint bereits eingetroffen zu sein, wenn anders, wie nicht zu bezweifeln, eine Depesche des Wolffischen Büros, welches die gemeldete Versegung der Herren v. Schwarzkoppen und v. Rex einfach für unbegründet erklärt, als wohl unterrichtet anzusehen ist. Wie der Zusammenhang der Dinge zu liegen scheint, habe ich bereits gestern angedeutet, die unmittelbar eingetretene Folge bestätigt die Befürchtungen, denen man sich in den Kreisen der hannoverschen Abgeordneten hingab. Sollte die Versegung der betreffenden Offiziere nicht noch nachträglich erfolgen, so wird auch der Eindruck der anbefohlenen Wiedererrichtung des Denkmals nur ein unzulänglicher bleiben. Es handelt sich bekanntlich nicht lediglich um diese Thatsache und um die Missachtung der richterlichen Entscheidung, sondern ebenso sehr um die verlegenden Formen, in denen die Demobilisierung des Denkmals erfolgt ist. Als Sühne hierfür würde grade die Versegung der Offiziere einen günstigen Eindruck auf die hannoversche Bevölkerung gemacht haben, und es bleibt gewiß zu bedauern, wenn untergeordnete Bedenken der Etiquette einen Schritt verhindern sollten, zu dem man schon im Prinzip entschlossen war. — Die entschiedene Sprache, welche die B. A. C. in ihrer letzten Nummer in Betreff der braunschweigischen Staatsbahnen führte, (s. Nr. 264) könnte zu der Annahme verleiten, daß die gesammte nationalliberale Partei den Standpunkt, welcher dort geltend gemacht ist, theilte und die Regierung unter allen Umständen zur Einlegung ihres Vetos veranlassen wollte. Dem ist nicht so. Zunächst ist die ganze Angelegenheit in der Fraktion überhaupt nicht verhandelt worden und die Interpellation ist bekanntlich auf konervative Anregung hin von gemischt nationalliberal und alstliberaler Seite gestellt worden, dann ist es notorisch, daß die hannoverschen Abgeordneten sämtlich gegen die Tendenz der Interpellation sind und daß sich viele andere Abgeordnete in derselben Lage befinden. Man macht vor Allem politische Erwägungen geltend und diese sind ja auch gewiß nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen. Wollen wir — so versichern Kenner der Verhältnisse Braunschweigs — uns dort eine ganz abgeneigte Stimmung für eine spätere Inkorporation erzeugen, so giebt es kein sichereres Mittel, als den gewünschten und von der Kammer und der Bevölkerung gebilligten Verkauf der Bahnen unmöglich zu machen. Dies Moment dürfte für eine weitergehende Politik denn doch auch von Gewicht sein. Zu ungeeigneter Zeit allzu sehr auf den Rechtstitel pochen, erwirkt keine Freunde und Preußen hat deren nötig, da es ihm an Gegnern und Feinden ohnehin nicht fehlt. Der Staat ist übertrieben großmütig gegen die Fürsten gewesen, es wird sich verantworten lassen, wenn er auch mal großmütig in einer Richtung ist, die vor Allem der Bevölkerung des betroffenen Landes zu Gute kommen würde. — Der Vtr. Birchows die 4,300,000 Thlr. Betriebsfonds der Bundesmilitärverwaltung zur preußischen Staatskasse einzuziehen, ist an sich logisch begründet; nur zur Zeit gänzlich unausführbar. Um Erfolg zu schaffen, schlägt die Fortschrittspartei vor, diese Summe, die auf ein oder die andere Weise für die Militärverwaltung nun doch einmal beschafft werden muß, dem Staatskasten zu entnehmen. Als ob dadurch eine Verbesserung herbeigeführt würde, daß man der Bundesmilitärverwaltung einen anderen preußischen Fonds statt der Generalstaatskasse zur Verfügung stellt.

○ Berlin, 11. Nov. [Die braunschweigischen Bahnen. Gneist. Die Gerichtslaube. Bethanien.] In Angelegenheiten des Verkaufs der braunschweigischen Bahn finden seitens der diesseitigen Regierung und der Direktion der braunschweigischen Eisenbahn tatsächlich noch lebhafte Verhandlungen statt, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese noch nicht zu Ende geführten Verhandlungen den Grund bilden, aus welchem die Regierung die Beantwortung der Interpellation im Abgeordnetenhaus hinausgeschoben hat. Nur will man in Abgeordnetenkreisen wissen, daß sich über diese Frage im Schoße des Ministeriums sehr verschiedene Ansichten gegenüberstehen, die auch noch nicht ausgelöscht wären. Unter den Abgeordneten heißt es, Graf Bismarck befürworte es, daß Preußen kein Widerspruchrecht erhebe. Durchaus ungeheuer ist im Abgeordnetenhaus die Ansicht, daß Preußen nicht in den Kauf willigen dürfe; man sieht deshalb der Interpellationsbeantwortung mit großer Spannung entgegen, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß es auch dabei nicht ohne eine allgemeine Befreiung abgehen wird. — Über den Austritt des Abg. Gneist aus der Fraktion des linken Zentrums hört man jetzt folgendes Nähere: Gneist war Vorsitzender der Fraktion, und einzelne Mitglieder derselben, namentlich die schleswig-holsteinischen, befanden sich schon seit längerer Zeit mit seinen Ansichten im Widerspruch. Nun gesah es, daß eine große Anzahl von Fraktions-Mitgliedern sich ohne Vorwissen des Vorsitzenden an den Berathungen und Anträgen der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen über die Kreisordnung befreit hatten, und als der Vorsitzende die Herbeiführung von Fraktionsbeschlüssen verlangte, daß man solche Seitens der Fraktion für überflüssig erklärte. Dies bewog Hrn. Gneist, nicht nur den Vorsitz niedergelegen, sondern auch aus der Fraktion auszusteigen; einer anderen Fraktion wird derselbe nicht treten. — Im Verlaufe der Budgetberathung wird an passender Stelle entweder bei dem Etat des Kultusministeriums (Kunstdenkmäler) oder bei dem Etat des Ministeriums des Innern (Berliner Polizei) die Anfrage an die Regierung gerichtet werden, wenn endlich die Beseitigung der Berliner Gerichtslaube, deren Fortsetzung den Gegenstand des öffentlichen Standes bilde, erfolgen werde. — Die Angelegenheit des Krankenhauses Bethanien bildet in Berlin unausgesetzten Gegenstand lebhafter Erregung. S. M. der König nimmt ganz besonderen Anteil an dem Verlauf der Untersuchungen, an denen sich auf seinen Spezialbefehl auch der Direktor des Chirurg.-Krankenhauses, Geh. Reg.-Rath Dr. Essel beteiligt hat. Derselbe ist bekanntlich bei der Errichtung des neuen städtischen Krankenhauses, dessen Vollendung in einigen Jahren zu erwarten steht, besonders thätig. Man

Italien.

Florenz, 7. Nov. Ein königlicher Kommissär, wahrscheinlich der Ministerpräsident, wird das Parlament im Auftrage des Königs eröffnen, wie dies auch bereits früher in einem vom König präsidirten Ministerrath beschlossen worden ist. Über den muthmäßlichen Inhalt der Thronrede werden viele Konjekturen in Umlauf gebracht, die jedoch gänzlich unbegründet sind, da bis jetzt nichts darüber festgestellt ist, und es von manchen zufälligen Ereignissen, die sich bis zum 18. d. zutragen können, abhängen dürfte, wie sie abzufassen sei. — Nach Berichten aus Madrid sollen Prim und seine Freunde es aufgegeben haben, den Herzog von Genua noch als Kandidaten für den Thron aufzustellen, und sich wieder bemühen, die iberische Union, welche in den Cortes auf 200 Stimmen zählen kann, zu Stande zu bringen.

Rom. Es treffen hier bereits aus allen Weltgegenden Bischöfe zum Konzil ein. Auf den Straßen begegnet man stets neuen Gesichtern und Trachten, namentlich vielen griechischen und armenischen Geistlichen. Vor Alem aber zieht der Patriarch von Jerusalem die Aufmerksamkeit auf sich, eine kräftige, edle Gestalt mit ellenlangem, grau meliertem Bart. Da die Herren die gegenwärtige Muße freudig benützen, um sich die ewige Stadt anzusehen, so hat das Publizum seinerseits volle Gelegenheit, sie nach Herzlust zu begaffen.

San Rossore, 11. Nov. (Tel.) Die Besserung in dem Befinden des Königs schreitet stetig fort, sowohl was die Frieseln als die Brustbeschwerden betrifft.

Großbritannien und Irland.

London, 8. November. Nach Berichten aus Cork ist ein gewisser Daniel Callaghan, welcher zuletzt mit drei anderen Männern geschehen war, erschossen worden. Mehrere Schüsse wurden gehöret, und als Leute dem Schall folgten, sahen sie Callaghan mit zwei Kugeln im Kopf tot liegen, während seine drei Begleiter davonliefen. Man glaubt, daß alle Vier Fenier waren und daß Callaghan sich auf irgend eine Weise gegen die Bruderschaft vergangen hatte. Aber „man glaubt“ in Irland viel und leicht.

Rusland und Polen.

?? Petersburg, 8. Novbr. Am 4. Abends ist General Bleury nebst seiner Gemahlin hier angekommen und hat einstweilen im Hotel „Demuth“ seine Wohnung genommen, bis die Räume des französischen Gesandtschaftshotels entsprechend eingerichtet sein werden. — Das erste russische Kauftaatschiff schwankt sich jetzt stolz auf der Newa, gegenüber dem Winterpalast. Es ist ein mächtiger Dreimaster, der 60,000 Rubel gekostet hat und jetzt in Petersburg Ladung aufzunehmen wird, um unter russischer Flagge auf die hohe See hinauszugehn. Er hört den Brüdern Milutin, welche im Gouvernement Nowyj vor auf eigene Kosten eine Werft herstellen und ihn erbauen ließen. Eine hohe Bedeutung nimmt diese Thatsache darum für sich in Anspruch, weil damit der Anfang einer russischen Handelsflotte geschaffen ist. Am 3. Nov. besichtigten der Großfürst Alexei Alexandrowitsch, der Herzog von Oldenburg und mehrere Minister das Schiff und gaben ihrer Freude über die Herstellung desselben in warmen Worten Ausdruck.

Türkei und Donausfürstenthümer.

Aus Konstantinopel, 7. Nov., wird der „Presse“ telegraphiert: Eine peremptorische Erinnerung, sich über die im zweiten Bezirkschreiben gestellten Forderungen in unzweideutiger Weise auszusprechen, wurde an den Khedive gesendet. Morgen wird der Neuberbringer dieses Ultimatums nach Alexandria mit der Rückführung des Khedive erwartet. Konzessionen in den Finanzfragen sind weder angeboten noch beabsichtigt.

Russland, 5. Nov. Bei Bassardzik, Pravodil und an andern Orten Bulgariens tauchten Banden auf. Mehrere Distrikte waren geplündert. Eine dieser Banden wagte es sogar, Schmiede bei hellem Tage zu überfallen. Es herrschte allgemeine Panik.

Vom Landtage.

17. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 11. November. Gründung um 10 Uhr. Am Ministerialischen Graf Eulenburg, v. Selchow und die Kommissarien Persius und Rhode. Von Abg. v. Behr ist ein Antrag, betreffend die Heranziehung der Beamten in Neuordnung zu den Kommunallasten eingeholt, über dessen Behandlung nach erfolgtem Druck entschieden werden soll.

Die Vorberührung der Kreisordnung steht bei § 8, welcher lautet: „Soweit die Bedürfnisse des Kreises nicht aus dessen Vermögen oder sonstigen Einnahmen befriedigt werden können, sind die Kreisangehörigen zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, Abgaben aufzubringen, verpflichtet.“

Zu demselben beantragen v. Klix in § 8 so zu fassen: Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, die vom Kreistage beschlossenen Abgaben nach folgenden Grundsätzen aufzubringen (folgen die §§ 9—16 der Vorlage, welche die Modalitäten der Kreisbesteuerung enthalten).

2) Lasker und Miquel: Dem § 8 folgenden Absatz voranzuschicken: „Der Kreis darf Verpflichtungen übernehmen und den Angehörigen Abgaben auferlegen: 1) zu den Kosten der allgemeinen Verwaltung des Kreises, 2) zum Bau und zur Unterhaltung der Kreishäusern, 3) zur Übernahme der den Angehörigen des Kreises zur Last fallenden Kriegsleistungen und Kosten der Mobilmachung, 4) zur Unterhaltung aller bisher dem Kreise zugehörigen, sowie zur Ausführung und Unterhaltung der begonnenen oder bereits beschlossenen Einrichtungen und Anstalten des Kreises, 5) zur Wahrnehmung aller Angelegenheiten, welche die Gesetze dem Kreise auferlegen.“

3) Hoffmann und v. Wittingerode den § 8 wie folgt zu fassen: Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, zur Befriedigung der Bedürfnisse des Kreises Abgaben aufzubringen, insofern der Kreistag nicht beschließt, diese Bedürfnisse aus dem Vermögen des Kreises oder aus sonstigen Einnahmen zu bestreiten.

Abg. v. Wittingerode: Unser Antrag hat nur den Zweck, die Absicht der Regierung präziser auszudrücken, da es nach der Vorlage scheinen könnte, als solle selbst nicht für Notstände ein mächtiger fond flüssig erhalten werden. Der Antrag Lasker zieht den Organen der Selbstverwaltung gleich bei ihrer Geburt spanische Stiefeln an. Bechränken Sie in dieser Weise die Kompetenz der Kreistage, so werden sie vielfach nicht eintreten können, wo sie eintreten sollen, z. B. für Zwecke der Landwirtschaft. Ja, der Antrag läßt nicht einmal zu, daß der Kreis zur Gründung eines so nützlichen Instituts, wie eine Sparkasse die erste Grundlage schafft und ist deshalb absolut unannehmbar.

Abg. Miquel: Bei unserm Antrage gehen unsere Freunde selbst aus, einander, aber er ist eine Fahn, die hochgehalten werden muß, weil sie dann sicher Anhänger finden wird. Es hat etwas Frappantes, wenn Anhänger der Selbstverwaltung von vorn herein die Kompetenz derselben in bestimmte Schranken legen wollen. Wir haben uns in Deutschland gewöhnt, die Aufgabe jedes Selbstverwaltungskörpers nach den Erfahrungen bei den städtischen Kommunen zu bemessen: die Stellung der Kommunen ist aber prinzipiell von der der Kreise verschieden. Bei der Komune entscheidet direkt nachbarliches Zusammenleben, alle Theile haben dieselben Interessen, die unbeschränkte Kompetenz ist da etwas Natürliches. Der Kreis ist aber kein nachbarlicher Verband, sondern die Zusammenfassung selbstständiger Kommunen zu einem größeren Verband, und es muß deshalb, durch Spezialgesetze die Thätigkeit der Kreise und Kommunen bestimmt werden, um so die für die gesamte staatliche Entwicklung notwendigen starken Gemeinden zu bilden. Die Grundlinie dazu soll unser Antrag schon in die Kreisordnung hineinlegen, um ein Schutzbach für die Entwicklung der Gemeinden zu schaffen bis dahin, wo eine Ge-

meindeordnung vorgelegt wird. Unserer Ansicht nach muß der Staat die kommunale Thätigkeit weder den Kreisen noch den Provinzen, sondern den einzelnen Kommunen überlassen. Um nun zwischen diesen einzelnen Körpern eine Anarchie hervorzurufen, müssen wir für jeden einzelnen, wenn wir uns mit seiner Organisation beschäftigen, eine bestimmte Grenze seiner Kompetenz ziehen. Denn es gibt nur die Alternative: entweder gesetzliche Schranken für den Kreis, aber Freiheit innerhalb derselben und Befreiung von der Beaufsichtigung der Bureaucratie, oder keine gesetzliche allgemeine Beschränkung, dagegen dieselbe in jedem einzelnen Falle durch die Zustimmung der Staatsgewalt. Das bisherige Verhältnis wird sich nach Annahme dieses Entwurfes ändern. Die Kreise werden sich möglichst auszudehnen streben und Dinge auf sich nehmen, die unbedingt den Kommunen zufallen. Diese Gefahr besteht unter Antrag. Die liberale Partei steht seit Jahren dahin, an die Stelle der Verwaltungswillkür Gesetze treten zu lassen. Warum sollen wir nun bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit von diesem Streben zurücktreten? Bechränken Sie die Kompetenz der Kreise gesetzlich, so können diese nicht mehr als Nothbehelf und grundlos eintreten, sondern wir werden für den Wegebau, das Schulwesen, das Armenwesen nach und nach zu einer gesetzlichen Regelung gelangen. Wir sind nun keineswegs darin skrupulos zu den von uns aufgestellten Nummern neue aufzunehmen, denn wir wollen ja die Thätigkeit der Kreise nur gesetzlich definieren. Wie notwendig dies ist, zeigt am besten die Erwähnung der Landwirtschaft als Objekt der Sorge der Kreise. Die alten Garantien für die Kreisthätigkeit sind gefallen, nehmen Sie deshalb die neuen nur als gesetzliche an.

Reg. v. Rom. Persius: Die Regierungtheilte die Auslegung des § 8 nicht, aus dem heraus der Antrag Hoffmann gestellt ist; da die §§ 93 und 94 die Konfirbung von Kreisverträgen notwendig machen, jedoch hat sie gegen die Annahme dieses Antrages nichts einzutreten. Den Antrag Lasker betrifft, so hält die Regierung die Ausgaben des wirtschaftlichen Lebens für so mannigfaltig, daß die einzelnen Gemeinden und mit einander reiche Thätigkeit entfalten können. Die Kreise haben in der Thätigkeit der Gemeinden bisher nicht hindern eingegriffen, sondern sie nur unterstützen und das wird in Zukunft noch mehr der Fall sein. Nach dem Antrag sollen Kreise, die ein Krankenhaus oder eine Sparkasse haben, dieselben fern zu halten können; Kreise dagegen, in denen das Bedürfnis nach derartigen Instituten nicht schwächer ist, sollen sie nicht gründen dürfen. Ja wenn ein Notstand ausbricht in einem Theile des Kreises, so soll der betreffende Kreis nicht einmal die zur Abhilfe nötigen Mittel bewilligen dürfen. Die Regierung erachtet den Gedanken des Antrags nicht für richtig. Sie erkennet die Notwendigkeit an, beim Erlaß eines Wege-, Schul- und Armen-Gesetzes die Kompetenzen der Kreise und Provinzen abzugrenzen. Solche Gesetze liegen aber nicht vor. Bechränken Sie die Wirklichkeit der Kreise, wie der Antrag vorschlägt, so wird eine freie Entwicklung des kommunalen Lebens der Kreise erschwert. Lassen Sie sie deshalb den Antrag ab.

Die Abg. Lasker, Miquel und v. Hennig beantragen, hinter der Nummer 4 ihres Antrages als 5 einzufüllen: „zur Abwehr eines Notstandes.“

Abg. v. Kardorff: Die volle Freiheit in der Aufbringung und Verwendung der Steuern kann der Staat den Kreisen nicht geben, sonst würden einzelne Kreisstaaten sich auf Kosten ihrer Bürgerschaft durch Majoritätsentschlüsse bereichern können. Der Entwurf schlägt aber gerade entgegen, gesetzt dem bisherigen Verfahren vor, die Aufbringung der Steuern gesetzlich festzustellen und in der Verwendung derselben möglichste Freiheit zu lassen. Das ist der einzige Weg, der den Namen der Selbstverwaltung beanspruchen kann und der Vorwurf, der dem Antrag v. Sybel verheftet ist, daß er eine falsche System, wird also grundlos. Nach dem Antrag Lasker würden die Kreisvertretungen sich nicht mehr bei Eisenbahnbauten beihilfen können, das widerspricht unserer ganzen bisherigen Praxis, auch keine milden Stiftungen mehr gründen können und doch sind auch sie sehr wohlthätige Institute ins Leben gerufen. Sie haben es Berlin nicht verdacht, daß es kürzlich zur Feier des Andenkens an einen großen Todten Gelder aus Kommunalmitteln bewilligte. Wollen Sie die Theilnahme der Kreise an einer solchen Feier verhindern? Dagegen ist die Aufbringung der Kreisabgaben den Kreisen überlassen, während gerade diese so kolossal sein können, daß eine Subvention des Staates und der Provinz notwendig wird. Die Kreise haben bisher ein gesundes Leben entfaltet und dies wird sich festigen, sobald sie mehr Freiheit bekommen. Die Herren aus Hannover werden mir und meinen Freunden bezeugen, daß wir ihren Intentionen, ihre Verwaltungsorgane zu erhalten, nicht entgegentreten, nicht weil wir Ihre Einrichtungen für so gut hielten, daß sie nicht gebessert werden könnten, sondern weil wir uns sagten, Sie, als die innerhalb der konkreten Verhältnisse Lebenden, haben eine bessere Anschauung von den praktischen Verhältnissen als wir. Ich fordere Sie auf, Gleicher mit Gleichen zu vergelten. Das liegt in Ihrem Interesse. (Beifall rechts.)

Abg. Grumbrecht: Ich vertheile mich nur bei der Beratung der Grundlagen der Kreisordnung, deren Übertragung auf die übrigen Provinzen ja in Aussicht gestellt ist. Hier handelt es sich um eine solche. Wir wollen die Thätigkeit der Kreise nichtlahm legen, sondern ausdehnen aber nur durch Gesetz, und dann wollen wir, daß die Ausschreitungen der Kreise nicht mehr durch die Staatsbehörden gehindert werden können, besonders nicht in einer so ausgedehnten Weise, wie die §§ 93 und 94 es zulassen. Da ist eine Beschränkung erforderlich, die, nebenbei gesagt, auch bei den Amtmännern in Hannover nicht geschadet hätte. Geben Sie uns die Garantie, daß Sie mit uns diese Beschränkung bei diesen beiden Paragraphen oder schon bei dem folgenden § 9 treffen wollen, dann können wir hier davon absiehen, andernfalls bitte ich, den Antrag Lasker anzunehmen.

Abg. v. Benda: Dieser Antrag wird das Leben in den Kreistagen nicht allein beeinträchtigen, sondern mehr oder weniger tödlich. Gestellt ist er in der Absicht, die zu großer Entfaltung der Lebensfähigkeit der Kreisversammlungen zu verhindern, damit die Entwicklung der Gesamtgemeinden nicht gehemmt werde. Gegen den Gedanken der Gesamtgemeinden würde ich nichts einzuwenden haben, wenn sie beständiger oder wenigstens keine dazu vorhändnen wären. Aber ich kenne kein Land, in dem es gelungen wäre, Gesamtgemeinden zu schaffen, und meine Sympathie für diesen Gedanken schwundet, wenn ich sehe, daß Sie ihn dadurch ausführen wollen, daß Sie die unter- und oberhalb der Gemeinde liegenden Clemente schwächen. Hätten die Kreistage bisher an den gesetzlichen Schranken festgehalten, so wäre vieles Wohltätige nicht zu Stande gekommen, ein Beweis dafür, daß die Kompetenz der Kreistage nach der bisherigen Gesetzgebung noch nicht weit genug gezogen ist. Sieghen Sie daher die Nummern in dem Antrage, so viel Sie wollen. Sie werden immer nur annähernd figieren können, was in der Weiterentwicklung des kommunalen Lebens notwendig ist. Auf der Tagesordnung des in diesen Tagen zusammenstehenden Zeltowter Kreistages steht z. B. eine Remunerations für einen Gendarmen, der mit Gefahr seines Lebens erhebliche Dienste geleistet hat. Sie hätten also eine neue Nummer in den Antrag aufzunehmen: Remunerations für einen Gendarmen. (Heiterkeit. Sehr wahre! rechts.) Genügen Ihnen die Garantien nicht, die wir haben, so mögen Sie in § 94 Befugnisse des Kreistages neue hinzufügen. Dorthin gehört die Sache und da werde auch ich mich Ihnen anschließen, aber mit bloßen Kategorien erreichen Sie nichts. Der Antrag Lasker besitzt den Einfluß der Verwaltungsbehörden nicht, weil ein solcher z. B. in Chausseeangelegenheiten sich immer wird gelind machen müssen. Der Abg. Miquel sagte: die alten Garantien sind gefallen, wir müssen neue aufrichten! Ist ihm denn die ganz veränderte Zusammensetzung der Kreistage, die nach Annahme dieses Entwurfes eintritt, keine Garantie? Auch die Städte brauchen nach unterm neulichen Gesetz, daß Städte von 20,000 Einwohnern einen selbstständigen Kreis bilden können, nicht zu beforschen, daß ihre Interessen nicht genügend gewahrt werden. Lassen Sie deshalb den Antrag Lasker ab vorbehaltlich der Revision des § 94.

Abg. Lasker: Der Vorwurf, den wir gegen die Herren aus Hannover haben auszuhören, ist unverhältnismäßig, da diese Kreisverordnung in Zukunft auch auf die anderen Provinzen ausgedehnt werden soll, so sind alle Mitglieder des Hauses, auch die anderer Provinzen, als für welche der Entwurf zunächst bestimmt, berechtigt und verpflichtet an der Beratung über denselben aktiven Anteil zu nehmen. Die Frage steht so: Wollen Sie die Steuergesetzgebung für die Kreise in blanco der Kreisvertretung in die Hand geben oder nicht? Sie sagen: es dürfen vom Kreistage alle Ausgaben beschlossen werden, nur müssen sie beschlossen werden nach einem bestimmten Steuermodus. Wir dagegen sagen: ein solch allgemeines Steuer-Gesetzgebungrecht im Kreise ist nicht zulässig. Der Kreis hat es mit der Verwaltung zu thun, Verwaltung aber ist doch nur die Ausführung des Gesetzes, was das Gesetz gestattet und was das Gesetz ordnet. Wie kommen Sie denn nun dazu, die Steuergesetzgebung für einen Theil der Verwaltung zu erklären? Das ist eine absolute Verwirrung der Begriffe. Es ist allerdings nicht gestattet, daß der Kreistag Remunerations für einen lgl. Beamten beschließt, wie im Zeltowter Kreis geschehen sein soll; es ist nicht gestattet, zu solchen Zwecken ihm ein Steuerbewilligungsrecht einzuräumen. Sie wollen überall dem Kreise ein Bevormundungsrecht einräumen, und was Sie die lebendige Grundlage der Kreisverfassung nennen, ist nichts anderes, als daß der Kreis den Einzelnen seine heilsame Thätigkeit abnehmen soll. — Redner spricht schließlich sein Bedauern darüber aus, daß den Motiven des Gesetzes nicht eine Übersicht über die bisherige Thätigkeit der Kreise beigegeben sei.

Regier. v. Rom. Persius: Es sei allerdings die Absicht der Regierung gewesen, eine solche Übersicht zu geben; Vorarbeiten seien jedoch nicht zum Abschluß gebracht. Aber schon die Annahme, die im Jahre 1857 stattgefunden habe ergeben, daß diese Leistungen keineswegs so unbedeutlich seien, wie man sie geschildert. Redner belegt dies mit einzelnen Notizen.

Abg. Solger: Ich fasse den Grundgedanken des Amendements Lasker so auf, daß es lediglich gerichtet ist gegen die Selbstständigkeit des Kreises gegenüber der Selbstständigkeit der Kommune, und das will ich nicht unterstützen aus Gründen, die schon Hr. v. Benda entwickelt hat. Allerdings bin ich im Gegensatz zu diesem der Meinung, daß eine Amtsgemeinde recht wohl ins Leben gerufen werden kann, aber zugleich bin ich überzeugt, eine lebenskräftige Amtsgemeinde kann recht gut neben einem lebenskräftigen Kreise bestehen. (Sehr richtig!) Die notwendigen Grenzen wird weder die Amtsgemeinde, noch weniger aber der Kreis überreichen. Der haben Sie schon irgendwo die Neigung gegeben, daß ein höherer Verband sich Lasten auferlegt, die eigentlich ein kleinerer zu tragen hat? Sie (zu den Nationalliberalen) wollen aber gewisse Schranken ziehen, und deshalb sehen Sie sich gezwungen, zu spezialisieren. Sie, die geborenen Trixier der Legislatur, müssen spezialisieren! Die Garantie, die Sie dagegen haben wollen, daß der Kreis nicht zu weit geht, liegt ja schon in der Zusammensetzung des Kreistages. Man hat Gewicht darauf gelegt, daß die beiden Herren, die heute zuerst den Antrag vertheidigt, aus Hannover sind. Weit bezeichnender scheint mir zu sein, daß beide Herren Bürgermeister sind. Sie sind Vorsteher größerer Kommunen, und die Kommunen pflegen stets einen gewissen Partikularismus. Dazu aber auch der Hr. Abg. Lasker sich diesen Partikularismus angeeignet hat, ist mir sehr schmerlich.

Abg. Graf Schwerin erklärt, daß er in dieser Frage abweichend von seinen politischen Freunden mit v. Benda und Solger stimmen werde.

Abg. Grumbrecht: Der Abg. Solger raut den von mir und Miquel vorgetragenen Ansichten nicht, weil wir Bürgermeister und darum nicht sachverständige sind, gerade weil wir Bürgermeister sind, sind wir sachverständige. (Heiterkeit.)

Abg. Solger: Ich halte Hrn. Grumbrecht allerdings für sachverständig, aber nur in der Stadt, nicht im Kreise. (Sehr richtig! rechts.)

Bei der Abstimmung wird die von Hoffmann und Wittingerode vorgeschlagene Fassung des § 8 angenommen, alle übrigen Amendements und die Regierungsvorlage werden abgelehnt.

§ 9, der die Grundlage über die Vertheilung und Aufbringung der Kreisabgaben enthält, liegen 14 Anträge vor und haben sich zunächst 21 Redner zum Worte gemeldet. Unter den Anträgen befindet sich einer des Abgeordneten Kosch, den § 9 mit allen Amendements sofort an die Kreisordnungs-Kommission zu verweisen, um dem Hause eine langwierige und schließlich doch zur Verweisung an die Kommission führende Debatte zu ersparen. Dieser Antrag wird abgelehnt, nachdem v. Hennig bemerkt hat, daß § 9 der wichtigste der ganzen Vorlage sei und die ferne Vorberatung derselben unmöglich werde, wenn man jetzt diesen Paragraphen an die Kommission verweise. Auch v. Sybel beantragt die Verweisung an die Kommission, jedoch erst, nachdem die Vorberatung im Plenum stattgefunden hat. Darüber wird am Schlusse derselben entschieden.

§ 9 der Vorlage lautet: Die Vertheilung der Kreisabgaben darf nach keinem anderen Maßstab, als nach dem Verhältnis der von den Kreisangehörigen zu entrichtenden, direkten Staatssteuern, beziehungsweise der Mahl- und Schlachtfesteuer und zwar nur durch Zuschläge zu denjenigen erfolgen. Die Grund- und Gebäudesteuer ist hierbei mindestens mit der Hälfte und höchstens mit dem vollen Betrage desjenigen Anteils heranziehen, mit weitem die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer belastet wird. Die Gewerbesteuer kann von der Heranziehung zu den Kreisabgaben ganz frei gelassen, darf aber keinesfalls dazu mit einem höheren Anteil, als die Grund- und Gebäudesteuer herangezogen werden. — Ausgeschlossen von der Heranziehung bleibt die Gewerbesteuer vom Haftgewerbe. Die drei untersten Stufen der Klassensteuer können von der Heranziehung der Kreisabgaben ganz freigelassen oder dazu mit geringeren Anteilen, als die übrigen Stufen der Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer herangezogen werden. Für die mahl- und schlachtfesteuerpflichtigen Städte ist bei Vertheilung der Kreisabgaben die Einkommensteuer nur nach Abzug der Mahl- und Schlachtfesteuerpflichten von der Heranziehung zu bringen, daß die Wohlsteuer nur mit zwei Dritttheilen ihres Höhertrages herangezogen werden darf.

Von den Amendements heben wir, da die Verweisung an die Kommission schließlich doch in Aussicht steht, nur diejenigen hervor, welche die Diskussion befreifen und zu ihrem Verständnis unentbehrlich sind.

1) v. Hennig, Lasker und v. Hoverbeck beantragen, Alinea 2 und 3 so zu fassen: „Die Klassensteuer, die klassifizierte Einkommensteuer beziehungsweise Mahl- und Schlachtfesteuer, Grundsteuer und Gebäudesteuer sind hierbei mit denselben Prozentziffern heranzuziehen. Die drei untersten Stufen der Klassensteuer können von der Heranziehung zu den Kreisabgaben ganz frei gelassen oder dazu mit geringeren Prozentziffern als die übrigen Stufen der Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer herangezogen werden. In diesem Falle ist den mahl- und schlachtfesterpflichtigen Städten ein verhältnismäßiger Erlaß an ihrem Gesamtanteile an den Kreisabgaben zu gewähren. — Die Gewerbesteuer vom Haftgewerbe, die Gewerbesteuer bis zur Hälfte des Prozentziffern, mit welcher die Grundsteuer belastet wird, herangezogen werden, als mit der Hälfte desjenigen Prozentziffern

für die Regulierung der Kommunalbesteuerung läßt sich bei der Verschiedenheit der Verhältnisse der Kreise überhaupt nicht finden. Will man trotzdem einen solchen aufstellen, so muß man alle Bedingungen sorgfältig erwägen und natürlich die Lage des Grundbesitzes ins Auge fassen, man wird dann niemals zu den Folgerungen des Vorredners kommen, denn das Kapital wird im Grundbesitz schon jetzt mit 10, im Gewerbebetrieb erst mit 2½ Prozent besteuert. Der Maßstab, den die Vorlage aufstellt, hat sich wenigstens schon praktisch bemüht; ich bitte Sie also, denselben beizubehalten; stellen sich Ungleichheiten heraus, so können Änderungen noch immer getroffen werden, wir machen unsere Arbeit ja nicht für die Ewigkeit.

Abg. Dr. Nasse hält das Prinzip der Leistung und Gegenleistung für wirtschaftliche Verbände für das einzige richtige und verlangt deshalb mit Grumbrecht die vorzugsweise Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer. Dennoch schaffe dieselbe noch keinen vollen Ausgleich; Bergwerke und Eisenbahnen, die von den Anlagen des Kreises, von Chausseen u. s. w. einen bedeutenden Vorteil haben, werden verhältnismäßig wenig zur Grund- und Gebäudesteuer herangezogen. Deshalb muß auch die Gewerbe- und Einkommensteuer mitberücksichtigt werden, aber auch diese befehligen die Ungleichheit der Besteuerung noch nicht. Die Gewerbesteuer trifft viel weniger das Betriebskapital, als die gewerbliche Arbeit, und läßt Bergwerke und Eisenbahnen gleichfalls unberücksichtigt. Am besten wird man zu einem geeigneten Resultat kommen durch eine eingehende Prüfung aller speziellen Verhältnisse und ich empfehle deshalb Überweisung der Frage an eine Kommission.

Abg. Scharnweber: Die Regierungsvorlage hat bei der Heranziehung der verschiedenen Steuern den mittleren Weg eingeschlagen: ihr Versuch, die miteinander kollidirenden Interessen möglichst auszugleichen, muß als ein glücklicher bezeichnet werden, aber auch diese befehligen die Ungleichheit der Besteuerung noch nicht. Die Gewerbesteuer trifft viel weniger das Betriebskapital, als die gewerbliche Arbeit, und läßt Bergwerke und Eisenbahnen gleichfalls unberücksichtigt. Am besten wird man zu einem geeigneten Resultat kommen durch eine eingehende Prüfung aller speziellen Verhältnisse und ich empfehle deshalb Überweisung der Frage an eine Kommission.

Abg. Wiquel: Wir haben überhaupt keine Klasse weder zu beladen noch zu schonen — denn wir sind keine Interessenvertretung — sondern nach Gründsätzen zu entscheiden. In dieser Beziehung sind nun zwei verschiedene Prinzipien geäußert worden. Man hat gesagt: es müssen sich die Lasten vertheilen nach den Rechten, und ein bevorzugtes Stimmrecht des Grundbesitzes sei nur insoweit gerechtfertigt, als er auch in erhöhtem Grade an den Lasten teilnehme. Auf der andern Seite hat man die Lasten vertheilen wollen, allein nach den Interessen. Ich glaube, beide Gesichtspunkte sind nicht von einander zu scheiden, und so auch von beiden aus die Frage zu beurtheilen, ob es gerecht ist, neben der Einkommen- und Klassensteuer den Grundbesitz auch noch mit der Grundsteuer besonders heranzuziehen. Und von diesem Standpunkt aus ist diese Frage zu bejahen. Überall haben die Kommunen erkannt daß es nothwendig sei, dem Grundbesitz vorweg heranzuziehen, und die Grundbesitzer selbst sind gerecht genug gewesen, dem zuzustimmen. Der Grund aber dazu liegt darin, daß der Grundbesitz als solcher von den Kreisausgaben einen besondern Vorteil zieht neben den Vorteilen, die allen Kreisangehörigen zu Gute kommen. Denn durch jede den Kreis verwandte Ausgabe wird der Wert des Grundbesitzes erhöht außer den persönlichen Vorteilen, die dem Besitzer zustießen. Daraus ergiebt sich also die Billigkeit einer erhöhten Heranziehung, während andererseits das bevorzugte Stimmrecht, das wir ihm in gewissem Grade noch einräumen wollen, darin seine Befürwortung findet, daß er wegen seiner Festigkeit und Unbeweglichkeit dauernd an den Kreis geknüpft ist, dem sich das mobile Kapital entziehen kann. Die Bedrängnis des Grundbesitzes in den östlichen Provinzen darf als Motiv weder dafür noch dagegen hier angeführt werden. Ein belastetes Grundstück hat von den Ausgaben des Kreises eben so viel Vorteil als ein unbelastetes. Den richtigen Maßstab nun für die Heranziehung des Grundbesitzes gibt unter Amendement. Unser Vorschlag ist allerdings schon eine sehr wesentliche Konfession an den Grundbesitz; wir können statistisch beweisen, daß schon nach unserem Antrage eine große Prägavation der Städte eintritt. Aber uns kommt es auf einen Kompromiß an, wir wollen nicht unbedingt mit den historisch gegebenen Verhältnissen brechen. Wir haben uns bemüht, die Mängel der Vorlage zu beseitigen, aber keineswegs das, was theoretisch richtig ist, auf die Spiegelein treiben wollen; wir hoffen, rechtlches Nachdenken wird Sie überzeugen, daß unser Vorschlag eine geeignete Grundlage zur Ausgleichung aller Interessen darbietet.

Abg. v. Kardorff: Alle unsere direkten Steuern haben große Härten und Ungerechtigkeiten; am billigsten und gerechtesten werden wir deshalb die Kommunalaufgaben ausgleichen, wenn alle Steuern nach demselben Maßstab gleichmäßig herangezogen werden. Die Regierungsvorlage ist zur Abhängigkeit des Nebelstandes ungeeignet, da sie dem Erneuern des Kreistages eine zu große Lassitüde gewährt.

Um 3 Uhr wird die Debatte vertagt. Nächste Sitzung Freitag. (Petitionen, Antrag Ebert, betreffend die Schwurgerichte, und Kreisordnung.)

Parlamentarische Nachrichten.

— In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. November kam in der Spezialdiskussion über den Staatshaushaltsetat (Etat des Staatsministeriums) auch das Posener Archiv zur Sprache. Die „Oldenbergsche Korrespondenz“ hatte darüber nur sehr kurz berichtet, wir entnehmen jetzt dem stenographischen Kammerbericht die ausführliche Mittheilung:

Abg. Kantak: Mr. H! Auf dem Etat ist auch ein Archiv-Sekretär nebst Archiv-Assistenten für Posen enthalten. Ich will nicht in Abrede stellen, daß Manches im Laufe des Jahres für Posen geschehen sein mag, will auch nichts Exorbitantes verlangen, indem ich zugebe, daß dies bei den gegenwärtigen Verhältnissen kein so wichtiger Posten ist, daß man ein besonders drängendes Verlangen stellen könnte. Ich halte es aber für meine Pflicht, auf einige Punkte die Aufmerksamkeit der Staatsverwaltung gerade bei diesem Posten zu lenken. Das Eine ist das vollständig Unerträgliche des Lokals. Die Kräfte sind in zwei verschiedenen, an ganz verschiedenen Punkten der Stadt gelegenen Lokalitäten untergebracht; daß unter solchen Verhältnissen eine Ordnung in den Archivalien kaum eingehalten werden kann, daß auch einer erfolgreichen Benutzung derselben schwierigkeiten in den Weg stellen, wird ohne weitere Begründung klar sein. Ich würde also den Wunsch aussprechen, daß so bald als möglich für eine Einheit des Lokals als eine Nothwendigkeit seitens der Archiv-Verwaltung gesorgt werden möchte.

Ein zweiter Punkt wäre, da doch einmal diese Position eine etatmäßige ist: es wäre wünschenswert, daß der Beamte, der die Stelle inne hat, sie nicht kommissarisch verwalte, sondern definitiv angestellt würde, — es ist das ein Dr. Schuchardt. Sie können mir zugeben, daß wenn ich auch nicht im Geringsten der Person entgegen treten will, ihr im Gegentheil alle Anerkennung zu zollen bereit bin, es doch in der Natur der Sache liegt, daß man mit anderem Eifer und anderer Liebe sich einer Sache widmet, wenn man weiß, daß man sie auch ferner in der Hand behält, als wie es gegenwärtig ist, wenn man als kommissarischer Verwaltungsbeamter jeden Augenblick zurückberufen werden kann. Auch stellt sich ein solcher definitiv angestellter Beamter ganz anders dem Publikum gegenüber, der seinen Bemühungen, neue Archivalien zu sammeln, indem dasselbe ein anderes Vertrauen zur Person und Sache gewinnt.

Das wäre das, worauf ich in aller Kürze aufmerksam machen wollte, und wenn der Präsident nichts dagegen hat — damit ich nicht nachher noch einmal das Wort zu ergreifen brauche —, so würde ich gleich zu dem Titel

der sachlichen Ausgaben noch ein kurzes Wort hinzufügen. Ich halte es nämlich für dringend wünschenswert, daß für dieses neue Archiv, welches ganz besonders gegen die alten zurücksteht, aus dem Fonds für sachliche und vermischte Ausgaben bei der ersten Einrichtung womöglich, eine größere Summe verwandt wird, indem sehr Vieles notthut, was nur die allerndächtigsten Einrichtungen betrifft, und was bei bereits bestehenden Archiven gar nicht in Frage kommt. Und so will ich beispielweise gleich anführen, wie wünschenswert es wäre, wenigstens etwas für die Anlegung eines Archiv-Bibliothek auszuweisen, da eine solche sowohl für den Archivar selbst als auch für das Publikum unentbehrlich ist, wenn Alles mit Nutzen bearbeitet werden soll. Ich glaube, es ist hinreichend, in einer so einfachen Sache die Aufmerksamkeit der lgl. Staatsregierung darauf zu lenken, und ich kann wohl mit Vertrauen erwarten, daß die Staatsregierung dafür Sorge tragen wird, so weit es bei den folgenden Hinzuverhältnissen die Mittel der Archiv-Verwaltung irgend erlauben, Eihilfe zu schaffen.

Reg.-Komm. Geh. Reg.-Rath Dr. Dunker: Nachdem er auf die Frage Karsten in Betreff der historischen Archive Schleswig-Holsteins, die von Dänemark zurückgefordert werden sollen geantwortet hatte, gab zur Antwort: Ich konstatiere, daß der Herr Abgeordnete selbst bemerkt hat, daß es sich um eine junge Pflanzung handelt, daß er selbst zugegeben hat, daß dieselbe im Fortschreiten begriffen sei. Ich glaube, daß dieses Fortschreiten geblieblich weiter vorangehen wird, und daß es möglich sein wird, im nächsten Jahre zur definitiven Organisation dieses neuen Archivs zu gelangen. Jetzt schon kann ich darauf aufrühsam machen, daß doch wiederum ein Fortschritt stattgefunden hat, da in dem vorliegenden Etat zu einem Beamten dieses Archivs ein zweiter getreten ist, und daß auch eine kleine Summe für die Bureaudienstleistungen des neuen Archivs ausgelegt ist. Mr. H., die Archiv-Verwaltung ist nicht so verwöhnt, daß sie nicht auch für kleine Zuwendungen, für einen kleinen Zuwachs sehr dankbar sein sollte. Der Haupstübelstand, den der Hr. Abgeordnete in Bezug auf das Archiv zu Polen hervorgehoben hat, betrifft die Lokalfrage. Ja, m. H., das ist der wunde Punkt, an dem die Archiv-Verwaltung überaupt leidet. Die Dinge der Gegenwart nehmen einen so gewaltigen und großen Platz ein, daß es außerordentlich schwierig ist, für die Dinge der Vergangenheit auch nur den allernothwendigsten Platz zu erobern. Die Theilung des Archiv-Lokals zu Polen belägt mich am allerlebstesten, und Sie können sich darauf verlassen, daß, was an der Archiv-Verwaltung ist, bessere Lokale zu beschaffen, soweit ihr Gewicht und ihre Wirkungen reichen, und soweit sie irgend Erfolge erzielen kann, nichts von ihr verjährt werden wird, wie in Bezug auf die anderen Staatsarchive, so auch in Bezug auf das Archiv zu Polen.

— Zum Etat der Justizverwaltung haben die Kommissarien des Abgeordnetenhauses v. Rönne und Gen. folgende Anträge gestellt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: gegen die Staats-Regierung die Erwartung auszusprechen, daß dieselbe unverzüglich, in Gemäßigkeit des Beschlusses des Hauses der Abgeordneten vom 30. November 1868, die Stellung des Herzogs von Aremberg in und zu dem Herzogthume Aremberg-Meppen, insbesondere in Beziehung auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit und sonstigen Regierungsberechte in diesem Landesteile, mit der preußischen Verfassung in Einklang zu setzen und die hierzu erforderlichen Gesetzestwölfe des Hauses des Landtages, wo möglich noch im Laufe der gegenwärtigen Session zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorlegen werde; ferner die Staats-Regierung wiederholt und dringend aufzufordern, die in der vorigen Session vom Hause der Abgeordneten gefassten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Diese Beschlüsse lauten: Die Staats-Regierung aufzufordern; 1) einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch angeordnet wird, daß das Aufsteigen der Richter bei den rheinischen Landgerichten in eine höhere Gehaltsklasse in nämlicher Weise erfolge, wie in den Landestheilen, in denen die Verordnung vom 2. Januar 1849 Gesetzeskraft hat, nämlich durch den ganzen Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln hindurch und lediglich nach ihrer Amtsniederlassung als Richter, ohne Rücksicht auf ihren Rang als Rath oder als Assessor, 2) das Aufrüden der Kreisgerichts-Direktoren in höheren Gehältern auch von der Amtsniederlassung abhängig zu machen, 3) die Anordnung zu treffen, daß auch bei den fünf Stadtdirektoren das Aufrüden der Richter im Gehalte lediglich durch das Dienstalter bestimmt und nicht durch den erlangten Charakter als Rath bedingt werde.

In der Finanzkommission hat eine Petition der Köllner Handelskammer in Betreff der Verkürzung der Steuerkredite mehreren Mitgliedern Veranlassung gegeben, die Gesetzmäßigkeit dieser ganzen Maßregel in Frage zu stellen. Man war indeß nicht geneigt, diese Frage bei Gelegenheit einer Petition zum Ausdruck zu bringen. Inzwischen hat der Abg. Richter (Königsberg) Vorlegung sämtlicher auf die Verkürzung der Steuerkredite bezüglichen ministeriellen Verfügungen vom Finanzministerium verlangt.

Der Graf Nesselrode-Reichenstein auf Herten ist auf Grund der Präsentation des Verbandes des alten und bestfestigten Grundbesitzes im Landschaftsbezirk Kleve-Geldern, sowie der Rittergutsbesitzer, Major a. D. v. Werther auf Cöleda, für den Landschaftsbezirk Ost-Thüringen zum Mitgliede des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. Novbr. Wie dem Krakauer „Kraj“ aus der Provinz Posen berichtet wird, macht der hier im vergangenen Sommer begonnene Verzerrungsprozeß unter den polnischen Parteien größere Fortschritte und droht sogar, die traditionelle Solidarität der polnischen Landtagsfraktion zu Berlin („Kolko“ oder Kluk) genannt zu sprengen. Der Korrespondent, der über die Vorgänge im „Kolko“ genau unterrichtet sein will, macht darüber folgende Mitteilung: „Als bei Beginn der gegenwärtigen Landtagssession das polnische „Kolko“ zur Wahl seines Präsidenten schritt, nahmen an der Abstimmung 8 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und 4 Mitglieder des Herrenhauses Theil. Von diesen 12 Stimmen fielen 8 auf den Abg. Dr. Libelt und 4 auf den Grafen Bniński auf Samostrzel. Der Vizepräsident Ślaski aus Westpreußen, der Mitglied des Herrenhauses ist, wurde mit 9 gegen 3 Stimmen gewählt. Am Tage nach vollzogener Wahl kamen zwei Herrenhaus-Mitglieder als Deputierte zu Dr. Libelt und erklärten ihm in seiner Wohnung, daß durch seine Wahl das „Kolko“ die Fahne der Revolution und der Demonstration ausgehängt habe, um die sie sich in keinem Falle schaaren könnten und würden. Dr. Libelt hätte nämlich — so ließen die beiden Deputirten sich weiter aus — durch sein Auftreten in Galizien und Krakau und später durch seine im „Dziennik pozn.“ veröffentlichten Briefe gegen die Geistlichkeit offen seine distinktiven Grundsätze und Bestrebungen fundgegeben, denen sie sich in keinem Falle auch nicht einmal äußerlich anschließen könnten, da dies nur zu Verfolgungen und Bedrückungen seitens der Regierung führen würde, die zu vermeiden dringende Pflicht sei. Dr. Libelt erwiderte hierauf, er könne seinen Grundsätzen, die er für die allein richtigen und heilsamen halte, nicht entsagen; doch wollte er auch der Nation nicht hinderlich sein und er appellte deshalb an das „Kolko“. In Folge dieser gegen seitigen Erklärung ist zum 15. Nov. eine allgemeine Versammlung sämtlicher polnischer Mitglieder beider Landtagshauser berufen worden, in welcher die Sache entschieden werden soll. Der Zwiespalt ist unleugbare Thatache und wird nicht mehr ausgelöscht werden; denn, nach der Stimmung der Posener Herren zu urtheilen, werden sich dieselben der Majorität nicht unterwerfen.“

Die von uns mitgetheilte Nachricht von der beabsichtigten Gründung eines neuen polnisch-katholischen Parteiorgans in Posen wird vom Posener Korrespondenten des „Gaz“ mit dem Hinzufügen bestätigt, daß die Vorbereitungen zur Ausführung dieses Projekts in vollem Gange sind. Es unterliegt keinem Zweifel — fährt der Korrespondent zur Motivirung des Projekts fort — daß der „Dziennik pozn.“, der gegenwärtig das einzige polnische Organ des Großherzogthums Posen ist, die Majorität dieses Landestheiles nicht repräsentirt. Indem das Blatt in den wichtigsten Fragen dem modernen Liberalismus huldigt, trägt es nur dazu bei, die polnische Gesellschaft zu spalten und zu schwächen, und doch thut es heute vor Allem Noth, unsere Gesellschaft auf feste, principielle Grundlagen zu basiren, wenn wir unsere Nationalität, die doch nicht in der Luft schweben kann, retten wollen.“

— **Ueber die Umformung der städtischen Elementarschulen** wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 10. d. M. eine gedruckte Uebersicht vertheilt, der wir folgendes entnehmen: Mit Beginn des Winterschulsemesters 1869 ist eine Umformung der Elementarschulen in der Weise unternommen worden, daß die zweiklassigen Schulen in dreiklassige umgestaltet sind und in den Ober- und Mittelklassen die gänzliche Trennung der Geschlechter und eine Entfernung der überfüllten Klassen durchgeführt worden ist. Nur die von Kindern jüdischen Glaubens besuchte Schule Nr. 12 besitzt noch durchweg gemischte Klassen, während die von Kindern christlichen Glaubens besuchten Schulen jetzt sämtlich entweder Knaben- oder Mädchen Schulen sind und zwar rein oder vorwiegend, je nachdem es zu ermöglichen gewesen ist, auch in den Unterklassen die Geschlechter zu trennen. Keine der städtischen Elementarschulen enthält jetzt weniger als drei Klassen; mehrere Schulen führen ihre dritte Klasse in zwei aufsteigenden Stufen, bietend demnach also äußerlich die Gestalt vierklassiger Schulen. Die Durchschnittsfrequenz beträgt gegenwärtig für die Oberklassen 50, für die Mittelklassen 60, für die Unterklassen 78, für die dreiklassigen Schulen 18, für die vierklassigen Schulen 276. Das Lehrpersonal ist um einen Hilfslehrer und, in Folge Fortzettelung der Mädchen Schulen, um 4 Hilfslehrerinnen für den Elementarunterricht, sowie um vier Lehrerinnen für den Handarbeitunterricht vermehrt. Dieser letztere Unterricht ist, ohne dadurch eine ungünstige Kürzung der Stundenzahl des Elementarunterrichts für die Mädchen herbeizuführen, zu einem obligatorischen Lehrauftrag erhoben, und in vier aufsteigenden Stufen (Stricken, Häkeln und Stopfen, Nähte erlernen und Zeichnen; Weißnähen, Zuschnüren und Ausbessern durch alle Mädchen Schulen und für die Mädchen der gemischten Klassen organisiert worden. Von den 4 Mädchen Schulen befinden sich 1) eine Klasse evangelische Nr. I, von 299 Kindern (davon 44 Knaben) besucht und 2) eine Klasse katholische Nr. III, von 194 Mädchen besucht, auf den kleinen Gerberstr.; 3) eine Klasse evangelische Nr. VII, von 177 Kindern (davon 53 Knaben) besucht und 4) eine Klasse katholische Nr. VIII, von 199 Mädchen besucht, auf der Wallstraße. Von den 6 Knaben Schulen befinden sich 5) eine Klasse evangelische Nr. II, mit 200 Knaben auf der Schulstraße; 6) eine Klasse katholische Nr. XI, mit 200 Knaben auf der kleinen Gerberstr.; 7) eine Klasse katholische Nr. V, mit 269 Kindern (davon 66 Mädchen) auf St. Martin; 8) eine Klasse evangelische Nr. VI, von 214 Kindern (darunter 53 Mädchen) besucht und 9) eine Klasse katholische Nr. X, mit 181 Kindern (darunter 45 Mädchen) auf der Breslauer Straße; 10) eine Klasse katholische Nr. XI, mit 200 Knaben, am Dome; 11) die evangelische Schule Nr. XII, Klasse 3, wird von 69 Knaben und 80 Mädchen jüdischen Glaubens besucht und befindet sich auf der Breslauer Straße. Die Anzahl der katholischen Schulen beträgt demnach 6, der evangelischen 4, der jüdischen 1. Reine Knaben Schulen sind bis jetzt eingerichtet 3, reine Mädchen Schulen 2, vorwiegende Knaben Schulen 3, vorwiegende Mädchen Schulen 2, gemischte Schulen 1. Von den 11 Schulen sind 7 dreiklassig, 4 vierklassig. Die Anzahl sämtlicher Klassen beträgt 27, davon 16 Knabenklassen, 11 Mädchenklassen, 10 gemischte Klassen. Es unterrichten an denselben 33 Lehrer, 4 Elementarlehrerinnen und 17 Handarbeit-Lehrerinnen, zusammen also 54 Lehrer und Lehrerinnen. Sämtliche Schulen werden gegenwärtig besucht von 2367 Kindern und zwar 1287 katholischen, 887 evangelischen und 152 jüdischen; 1352 Knaben, 1015 Mädchen. Außerdem wird die 1. Seminar-Nebenschule Nr. XI, von 100 städtischen Knaben und Mädchen besucht. Als königl. Schulinspektoren fungieren: an den evangelischen Schulen die Herren Oberprediger Klette und Prediger Herwig; an den katholischen Schulen die Hrn. Probst Bazynski, v. Kamienski, Raatz und Dr. Jan Kessler; an der jüdischen Elementarschule: Herr Kommerzienrat B. Taaffe.

— **In dem nächsten Vortrage** über Reibungselektrizität am Sonnabende wird Dr. Magener die Lichterscheinungen an der Holzsähe Maschine und Versuche mit dem Elektrophor und der Elektrifiziermaschine vorführen. — In dem Referate über den ersten Vortrag am Sonnabende (Den 6. d. M.) in der Nr. 263 der Zeitung soll es Zeile 19—21 heißen: und zwar wird in diesem Falle (wenn Messing mit Pelzwerk getrieben wird) das Metall harz oder negativelektrisch, das Pelzwerk dagegen glas- oder positivelektrisch. — Bei dem Versuche mit den beiden isolirten Metallkugeln (6 Zellen vor dem Schluß) wurde die eine positiv geladen, der andern nahe gebracht, sodann die positive Elektrizität aus der letzteren durch Daranhalten des Fingers entfernt, und nur das Vorhandensein von negativer Elektrizität in der zweiten Kugel nachgewiesen.

— **Weseritz, 11. Novr.** Der Häusler B. in dem benachbarten Orte N. wünschte, daß sein 11jähriger Sohn, der jedoch noch nicht lesen konnte, weil er die Schule bisher nur höchst unregelmäßig besuchte, die Knab- oder Hütteschule besuchen möge, weil er ihn am Tage zur Hütteleistung bei der Arbeit brauche. Der Lehrer H. bedeutete ihm, daß er Kinder, welche noch nicht lesen können, in die Hütteschule nicht aufnehmen dürfe und, als am andern Tage der Knabe dennoch in der Hütteschule erschien, schickte er ihn nach Hause mit dem Bemerk, er möge zur Spät- oder Hauptschule kommen. Kurze Zeit darauf erschien der Vater des zuerst genannten Knaben selbst in der Schultube und machte dem Lehrer B. höchst ungewöhnlichen und ausfallenden Worten Vorstellungen wegen seines Jungen. Der Lehrer suchte ihm bemerklich zu machen, daß ein derartiges Benehmen unstatthaft und ungesetzlich sei; er möge sich entfernen und den Unterricht nicht stören; bei diesen Worten berührte er ihn leise am Arm. Hierauf sahte B. den Lehrer H. an die Brüst und schüttelte ihn in der Weise, daß er demselben den Rock zerriß; erst dann verließ er unter Schreien und Drohen das Schullokal. In Folge der von dem Lehrer H. gemachten Anzeige wurde der Häusler B. in N. wegen unbefugten Eindringens in ein Schullokal und Störung des Unterrichts zu 4 Wochen Gefängnis, und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

v. Neutomysl, 9. Nov. [Schlägerei] Am Sonnabend Abends kam es in dem nur eine halbe Meile von der Stadt belegenen Wirthshause des Dorfes Scherlacke bei einem dort abgehaltenen Tanzvergnügen zu einer blutigen Schlägerei, bei welcher das Messer und alle erdenklichen Waffen eine traurige Rolle spielten. Die dort anwesenden vom Wirth eingeladenen Tanzlustigen wollten es nicht zugeben, daß sich eine Anzahl Knäthe aus der Stadt unter die Gesellschaft mischte und verachteten es, legte aus dem Hof zu entfernen. Da das gutwillig nicht gehen wollte, so wurde Gewalt angewendet, die jedoch auf sehr energischen Widerstand stieß. Es kam zu Handgreiflichkeiten und zuletzt zu einer allgemeinen Balgerei, die auf beiden Seiten mit großer Erbitterung und Hartnäckigkeit nicht nur in der Stube, sondern auch vor der Thüre im Fünftausen ausgefochten wurde. Mehrere der Beethilfeten trugen sehr schwere Verlebungen davon. Einem wurde mit einer zerstochten Glasscheibe eine bedeutende Stirnwunde beigebracht und zugleich das eine

Hopfensalzson ungemein belebt ist, ist jetzt bei der anhaltenden Nässe selbst für leeres Fuhrwerk sehr schwer passierbar. Es wäre daher sehr wünschenswerth, daß der längst proprieite Chauffeure von hier nach dort recht bald in Angriff genommen werde. Die nach dort führende Lehmhaufsee ist selbstverständlich nur bei trockenem Wetter zu benutzen. Bei der jetzigen Witterung wird der Weg durch dieselbe noch um ein Bedeutendes verschlimmert. — Bei der am vergangenen Sonnabend in unserer Nachbarschaft Benschen stattgehabten Bürgermeisterwahl wurde der hiesige Justizkurator Hr. Lange einstimmig gewählt. Die Wahl kann in jeder Hinsicht als eine glückliche bezeichnet werden.

Neustadt b. P., 11. Nov. In voriger Woche revidierte der Regierungs- und Schulrat Jäckel aus Posen in Begleitung des Schulinspektors Pastor Reylander von hier die evangel. Landeskulen in Wistoslaw, Bymislaw, Komorow-Hauland, Neustadt und Wezelino. Der Hr. Schulrat sprach sich im Allgemeinen sehr befriedigt aus, und hob besonders lobend die letzterwähnte Schule hervor. Eine vom Kocher in Wezelino gefertigte Rechenmaschine zur Veranschaulichung des Rechnungssystems und überhaupt des ersten Rechenunterrichts, welche durch die hiesigen Schulinspektoren bereits in sämlichen Schulen der Parochie eingeführt worden, fand auch den Hrn. Regierungsrath, in dessen Gegenwart Übungen gemacht wurden, höchst praktisch. Lehrer Kocher, der diese Rechenmaschinen selbst anfertigt, würde solche auch noch anderen Parochien gegen ein Honorar von 2 Thlr. pro Stück senden. In voriger Woche erhielt er in seiner Scheune der Eigentümer Sawade in Sepolno-Hauland. Den Selbstmörder, welcher einen ordentlichen Mann war, drückten Schulden, und da er eines Tages auch mit seiner Frau in Müheloskeiten geriet, brachte er nunmehr sein Vornehmen, seinem Leben ein Ende zu machen, zur Ausführung. Er hinterließ eine Witwe mit 3 noch unerzogenen Kindern. — Die k. Regierung hat mittels Verfügung vom 2. d. M. die von den Stadtverordneten erbetene Frist zur Wahl des hiesigen Bürgermeisters genehmigt.

N. W. Von der Neße, 10. Nov. Die in Filehne neuerdings gebildeten zwei Bürgerressourcen erfreuen sich großer Beihilfung. Die eine von ihnen zählt bereits 70, die andere 40 Mitglieder. Beide versammeln sich an je 2 Tagen in der Woche in dem zum Vereinslokal gewählten Schützenhaus. Letzteres bietet zu dergleichen Versammlungen sehr hübsche Räume. Schade nur, daß es zu weit von der Stadt entfernt liegt, welches Umstand namentlich bei schlechtem Wetter Vergnügungssüchtigen sehr leicht die Lust beseitnen könnte. — Ende verflossener Woche traf Herr Siebarth, Solo-Posaunist der kaiserlich russischen Hof-Opern-Kapelle in Petersburg, in seiner Vaterstadt Filehne wieder hier ein und wird letzter mit mehreren Konzerten erfreuen. Die bereits früher an den Tag gelegten vortrefflichen Leistungen dürften den Künstler einen zahlreichen Besuch versprechen. — Das nahe an der Stadt Filehne belegene, vor 1/2 Jahre im Wege der Substaftung für den Preis von 22,000 Thlr. veräußerte v. Hennendorfsche Gut Arentowo, ist vorgestern mit 3000 Thlr. Abance aus freier Hand anderweit verkauft worden. — Am 9. d. M. ist in Filehne die Frau eines Tagelöhners mit Drillingen — 1 Mädchen und 2 Knaben beglückt worden.

Theater.

Bur Feier von Schillers Geburtstag fand gestern die Aufführung der „Räuber“ statt. Wir wissen es zu schätzen, daß die Direktion sich bemüht, das Andenken an den großen Dichter im Publikum rege zu erhalten, und bedauern es daher andererseits umso mehr, daß sich nur eine spärliche Anzahl von Theaterbesuchern eingefunden hatte, um den 110. Geburtstag Schillers mitzufeiern. Wir glauben das aber theilweise der Wahl des Stücks aufzuschreiben zu müssen.

Wir wissen wohl, daß es viele gibt, die gerade die „Räuber“ höher stellen, als alle anderen Schiller'schen Dramen, weil sie hier die geniale Poetennatur Schillers in ihrer Urwürdigkeit, noch nicht gebändigt durch ästhetische Selbstsucht und kritische Mäßigung, zu erkennen glauben. Mag sein! doch wird wohl Niemand bestreiten, daß ein beträchtlich Städte Ruhheit und jugendlichen Ueberschwungs die drei ersten Dramen Schillers verunstalte, und daher sollte man nach unserem unmaßgeblichen Dafürhalten diese so selten als möglich auf die Bühne zu bringen. Gerade in Schillers Intentonen, die die Bühne so hoch stellten und ihr eine große Verantwortung für die Volksbildung auflasteten, scheint es uns gehandelt, wenn man die „Räuber“, „Kiesko“ und „Kabale und Liebe“ nur als seltene Gerichte dem Publikum vorstellt.

Doch wissen wir es der Direktion auch so schon Dank, daß sie überhaupt den Schillertag nicht ohne die Aufführung eines Schillerschen Dramas vorübergehen läßt.

Die Aufführung selbst erhob sich nicht über das Niveau eines besseren Provinzialtheaters und legt man einen dem entsprechenden Maßstab an, so kann man wohl mit ihr zufrieden sein. Die Hauptparteien waren in guten Händen. Hr. Giers (Karl Moor) entsprach vollständig der Diagnose, die wir ihm bei seinem ersten Auftritte gestellt. Ein denkender Künstler — sein Karl war nicht ein polternder Kulissefreizer, wie man ihn oft auf Provinzialbühnen zu sehen bekommt, sondern es war wirklich der große Karl Moor, der sich eine Zeit lang einbilden kann, das Schwert des Weltgerichts in Händen zu haben. Gewisse Momente in Hrn. Giers Spiel, & die Erkennungszene mit dem aus dem Gefängniß befreiten Vater, waren effektvoll und ergreifend. Hr. Giers nahm den Löwenantheil der gestrigen Vorstellung mit vollem Zug hinweg. Hr. v. Baronche hatte einen schweren Stand, als daß man mit ihm rechten sollte. Franz Moor, diese Viehdrolle unserer größten Virtuosen, wird, wie trefflich sie auch spielen mag, immer im Publikum einen Rest zurücklassen von Missbehagen und Abscheu, der auch dem Titeln seine Anerkennung beeinträchtigt. Wie ihn Hr. v. Baronche auffaßte, war er ein bloßer Hofsieger, der, wie die Schläge der Nemesis über ihn hereinbrechen, hämmerlich und seelig zusammenfällt und mit fehlfliegenden Gliedern dem Weltgericht entgegenstarzt. Wir haben gegen diese Auffassung nichts einzubringen, wiewohl uns Franz Moor mehr ein philosophiresendes Ungeheuer, ein ruhiger, schlechender Teufel zu sein scheint, der bis zum letzten Augenblick sich manhaft gegen die hereinbrechende Vergeltung wehrt. Es schienen unsstellweise auch bei Hrn. v. Baronche diese beiden Auffassungen durcheinanderzuliegen, denn den Versuch zu beten im 5. Akt fanden wir sehr gut dargestellt, aber eben nicht der Gesamttauffassung des Hrn. v. Baronche entsprechend. Doch wir haben nichts gegen eine originelle Auffassung, wenn sie nur geschickt produziert wird und dies that Hr. v. Baronche. Auch Hr. Guinand's Amale verdiente lobende Anerkennung, so wie Hrn. Mayers Schweizer. Weniger können wir dies von dem Künstler des Hrn. Starke, von der Magistratsperson des Hrn. Wiesner und anderen Nebenpartien sagen. Unter diesen rägte nur Hrn. Guinand's Vater Moor durch verständnisvolle Wiedergabe hervor.

Das Publikum nahm die Aufführung mit Beifall entgegen. — m.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin. In der Sitzung des Aeltesten-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft vom 8. Nov., wurden Seitens des Handelsministers Mittelstellungen gemacht von dem Plane der Kommissionärs der ersten Londoner Ausstellung (1851), vom Jahre 1871 ab, einer Reihe jährlicher Ausstellungen ausgewählter Gegenstände der Kunst und Industrie zu London zu veranstalten. Die Ereignisse aller Nationen sind zugelassen; die Bulassung ist jedoch durch ein Urtheil kompetenter Richter bedingt, daß der ausgezeichnete Charakter des Gegenstandes seine Ausstellung rechtfertigt.

Die Ausstellungsgegenstände werden nur nach Klassen, nicht auch nach Nationalitäten geordnet. Der dritte Theil des verfügbaren Raumes ist für diejenigen ausländischen Aussteller reservirt, welche Bulassung-Beritificate von ihren betreffenden Regierungen erhalten haben. Jedes Land bestimmt seine eigenen Richter. Der übrige Raum ist für diejenigen Gegenstände bestimmt, welche entweder aus England selbst herrühren, oder, wenn von auswärts, doch unmittelbar an die zur Prüfung der Bulassung der englischen Produkte bestimmten Richter eingesendet werden. Der Preis der Gegenstände kann an denselben verzeichnet werden. Jeder Gegenstand muß mit einer Aufschrift versehen sein, in welcher der Grund, aus welchem er zu der Ausstellung zugelassen ist (Tüchtigkeit, Neuheit, Billigkeit u. s. w.) angegeben ist. Preise sollen nicht ertheilt werden. Dagegen erhält ein jeder Aussteller ein Beritificate darüber, daß ihm die Auszeichnung zu Theil geworden, zu der Ausstellung zugelassen zu werden. Der Plan fand vorläufig wegen der bevorzugten Stellung, die sich England darin vorbehält, und da diese jährlichen Ausstellungen auf lange Zeit eine Ausstellung auf dem Kontinent unmöglich machen werden, keine günstige Aufnahme im Kollegium. Es

wurde eine Kommission niedergelegt, um entsprechend der Aufforderung des Handelsministers die Zweckmäßigkeit des Planes und die eventuelle Beihilfung des einheimischen Gewerbeslebens zu erörtern.

Berlin. In der am Montag stattgehabten Sitzung des Vereins der Landwirthe trat man in die Diskussion der sehr wichtigen Frage „ob Kanalisation oder Abfuhr?“ Das Resultat der Debatten darüber war, daß die Majorität an der Kanalisation die zu erheblichen Kosten aussehe, daß deren sanitäre Erfolge für zweifelhaft erachtet, hingegen wurde das Abfuhrsystem für die Landwirtschaft als bestes erklärt und schiene überhaupt zur Zeit vor allen anderen den Vorzug zu verdienen.

* Berlin, 10. Nov. Nach einer Übersicht über die in den Seehäfen des deutschen Zollvereins angelangten und von dort abgegangen Seeschiffe, einschließlich der Dampfschiffahrt, für das Jahr 1868 sind in preußische Häfen eingelaufen 44,665 Seeschiffe von 1,590,998 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 177,428 Mann. Abgegangen sind aus diesen Häfen 47,330 Seeschiffe von 1,607,484 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 182,611 Mann. Es gingen ein in oldenburgische Häfen 149 Seeschiffe von 60,829 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 5093 Mann, und aus von diesen Häfen 1511 Seeschiffe von 70,958 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 5703 Mann. In mecklenburgische Häfen gingen ein 485 Seeschiffe von 29,702 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 2766 Mann, aus von denselben 396 Seeschiffe von 19,648 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 1933 Mann. In den Häfen von Lübeck fuhren ein 722 Seeschiffe von 51274 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 4893 Mann, und aus von denselben 762 Seeschiffe von 47640 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 4588 Mann. Es gingen also im ganzen ein in die Häfen des Zollvereins 47231 Seeschiffe von 1,722,893 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 190,180 Mann und von denselben aus 49,989 Seeschiffe von 1,745,730 Lasten Tragkraft und mit einer Bemannung von 198,830 Mann.

* * Zuckerfabriken. Nach einer von dem Zentral-Bureau des deutschen Zollvereins zusammengestellten Übersicht der im Betriebsjahr vom 1. September 1868 bis Ende August 1869 im Zollverein zur Zuckerfabrikation verwendeten rohen Rübenrüben, sind in 295 Fabriken 49,953,656 Zentner Rüben verarbeitet worden. In dem gleichen Zeitraum des Vorjahres waren 294 Fabriken im Betrieb, welche 40,593,391 Zentner Rüben verarbeiteten, so daß in der Betriebsperiode 1868/69 9,360,265 Zentner Rüben, mehr als im Vorjahr, zur Verarbeitung gelangten. — In den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schleswig-Holstein sind Zuckerfabriken überhaupt nicht vorhanden. Die größte Fabrik des Zollvereins besitzt das Großherzogthum Baden, denn während in Preußen auf die einzelne Fabrik ein Durchschnittsverbrauch von 167,903 Zentner Rüben kommt, hat die erstezezeichnete Fabrik 908,735 Zentner Rüben verarbeitet. — Im Großherzogthum Hessen, Mecklenburg und Oldenburg sind Rübenfabriken ebenfalls nicht vorhanden.

Breslau, 9. Nov. Die Handelskammer hat unter dem 22. Okt. eine Eingabe an den Handelsminister eingereicht, in der sie an ihm in der Denkschrift vom 10. Febr. d. J. enthaltenen, die Tarifpolitik der ober-schlesischen Eisenbahn betreffenden Stadtpunkte festhält und um die Ausführung der in ihr niedergelegten Anträge erucht. Die in jener Denkschrift formulirten Anträge waren folgende:

Für Waaren im Binnenverkehr und im Zuge aus den ausländischen Produktionsländern von den drei Stationen der ober-schlesischen Bahn Myslowitz, Görl und Stargard nach Breslau und umgekehrt direkte Tarife einzuführen für die nachstehend aufgeführten Artikel und nur für die Verfrachtung in Wagenladungen; diesen direkten Tarifen denjenigen Satz zu Grunde zu legen, welchen die ober-schlesische Eisenbahn in ihrem stettin-österreichischen Verbande zur Geltung gebracht hat: es bei diesen Bewegen zu lassen für die Artikel Getreide, Kleesaat, Delfrüchte, Hülsenfrüchte, Mais; für die Artikel Kaffee, fette Dole aller Art, Petroleum, Thran, Heringe, Soda, Chlorkali, Baumwolle und Farbehölzer dieselben Sätze mit einem Zuschlag zur Anwendung zu bringen, diesen Zuschlag zu bemessen für die Strecke Stargard-Breslau und umgekehrt auf 10 p.c., für die Strecke Myslowitz-Breslau und umgekehrt auf 12 1/2 p.c., für die Strecke Breslau-Görl und umgekehrt auf 15 p.c. — Der Schlusshandlung war dahin formuliert, eine Anordnung herbeizuführen, der zufolge der ober-schlesischen Bahn für den Verkehr von und nach Breslau für die oben angeführten Strecken und Artikel und unter den dafelbst angegebenen Modalitäten direkte Tarife ins Leben gerufen werden.

In einer gestern stattgehabten außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates der Ober-schlesischen Eisenbahn, wurde der Beschlüsse gefaßt, für eine künftige Erwerbung der Neisse-Brieger Bahn nur eine feste Rente von 4 1/4 % zu bewilligen und diesen Beschlüsse noch der am 6. Dezember c. stattfindenden außerordentlichen General-Versammlung der Ober-schlesischen Eisenbahn-Aktionäre zur Annahme zu empfehlen. Der Verwaltungsrat hält die Bewilligung dieser Rente vornehmlich deshalb für ausreichend, weil der Neisse-Brieger Bahn, wenn sie nicht künftlich von der Ober-schlesischen Bahn erworben würde, im Zusammenhange mit den Neubauten der letzteren Bahn für den Bahnhof-Anschluß in Neisse allein eine Ausgabe von ca. 150,000 Thlr. bevorstehen würde, was für eine spätere Schmälerung der Rentabilität der Neisse-Brieger Bahn nicht ohne Einfluß bleiben könnte, während diese Ausgaben durch den nun beabsichtigten Ankauf ja auch auf die Ober-schlesische Bahn übergehen.

Königshütte. In Betrieb des königl. Eisenhüttenwerkes Königshütte ist beim breslauer Oberbergamt die Nachricht eingetroffen, daß der Herr Handelsminister dem am 28. Oktober von dem Grafen Hugo Henckel v. Donnersmarck abgegebenen Meßgebot von 1,306,000 Thlr. den Zuschlag ertheilt hat.

Bremen, 11. Nov. (Tel.) Die Bürgerschaft hat beschlossen: den Antrag der Deputation, betreffend die neue Vergrößerung der Bassins und die Errichtung von Trockendocks für den Lloyd zu genehmigen, sich jedoch das Vorlaufsrecht vorzubehalten für den Fall, daß der Lloyd den abgetretenen Staatsgrund wieder verkaufen sollte.

Paris, 11. Nov. (Tel.) Die Einnahme der gesammten Lombardischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 29. Oktober bis zum 4. Novbr. 2,790,238 Frs., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehrerinnahme von 170,216 Frs.

London, 8. Nov. Gestern Morgen wurde der Bahnhof von Holloway dem allgemeinen Verkehr eröffnet. Von den gewaltigen Summen, welche die City of London in den letzten Jahren für öffentliche Bauten und Anlagen ausgegeben hat, kann man sich eine Vorstellung machen, wenn die Kosten für diesen Bahnhof nebst seinen Zugängen auf 2,100,000 Pfds. St. für den Umbau der Blackfarsbrücke auf 350,000 Pfds. St. für den Unterauf der Southwarkbrücke auf 265,000 Pfds. St. für den neuen Fleisch- und Gefügemarkt auf eine Mill. Pfds. St. festgestellt werden, was einer Summe von nahezu 24 Mill. Thlr. entspricht. — Über die angekündigte Versammlung der verschiedenen Auschüsse von Policinginhabern in der Lebensversicherungs-Gesellschaft Albert, welche die amtlichen Liquidatoren einberufen hatten, um einen Konstruktionsplan vorzulegen, können wir — sagt die „Köln.“ — nicht berichten, da die Verhandlungen bei verschlossenen Thüren gehalten werden und die Berichterstatter der Presse abgewiesen wurden.

London, 11. Nov. (Tel.) Die fälligen Posten vom Kontinent sind noch nicht eingetroffen.

** Zur amerikanischen Staatschuld. Die londoner „Daily News“ teilt einen Plan zur Herabsetzung des Binsfusses der amerikanischen Staatschuld mit, welchen Charles S. P. Bowles in einem Briefe an den amerikanischen Finanz-Minister ausständergelegt hat. Ohne uns vorerst auf eine Kritik des Vorschlags, der in Bowles' Händen sein mußte, als er seine letzte Rede hielt, einzuladen, geben wir ihn in seinen Umrissen wieder. Für etwa den halben Betrag der gesammten Schuld, 1,200,000,000 Doll., empfiehlt Hr. Bowles die Emission einer neuen 4prozentigen gegen jedwede Besteuerung gesicherten Anleihe in Goldbonds, die in Dollars, Pfds. Sterl. und Franks ausgegeben werden sollen und deren Kupon's an den großen Börsenplätzen aller Länder einzulösen seien. Die andere Hälfte der Staatschuld besteht aus dem Papiergeude der hypothekarischen Schuld, deren Konvertierung verhältnismäßig weniger Roth thue, der Summe von 300 Mill. Doll. in den Nationalbanken, die vom Kongreß gezwungen werden können, ihre 4prozentige Bonds in 4prozentige umzutauschen, und einer ferneren Summe von 100 Mill. Doll., der in Einführung nach der jetzt von der Regierung befolgten Methode bewerkstelligt werden soll. Durch diesen Plan würde eine noch größere Herabsetzung des Binsfusses erzielt werden, als der amerikanische Finanz-Minister in seiner letzten Rede vorschlug, denn Hr. Boutwell sprach nur von einer unmittelbaren Ersparnis zwischen 18 und 25 Mill. Doll., während der erste Theil des vorliegenden Planes allein

diese Ersparnis bewirken würde. Außerdem würde dann noch die Konvertierung der von den Nationalbanken gehaltenen Bonds 1,250,000 Doll. und die direkte Einführung der übrigen 100,000,000 Doll. durch wöchentliche Anläufe fernere 1,000,000 Doll. ergeben, so daß sich eine unmittelbare Herabsetzung der jährlichen Binszahlung um mehr denn 7 Mill. Doll. ergäbe.

Bermischtes.

* Berlin. An Stelle des in Dresden am 28. Juli d. J. verstorbene Präsidenten der Leopoldinisch-Karolinen Akademie der Naturforscher Geh. Medizinalrat Carus wurde von dem Adjunkt-Kollegium der Akademie-Professor Behn in Hamburg gewählt.

* Schiller- und Blum-Feier. In dem festlich geschmückten Saale des Berliner Arbeitervereins fand am 10. d. Abends, unter zahlreicher Beihilfe der Vereinsmitglieder, die Schiller- und Blum-Feier statt. Den Festprolog, gedichtet von Albert Dräger, trug der Vorsitzende des Vereins, Hr. Krebs, vor. Nach einem darauf vorgetragenen Quartettgesange folgte die Festrede, gehalten von Franz Duncker. Der Redner sprach sein Bedauern aus, daß die deutsche Nation an diesem Tage am Fuße der Bildsäule Schillers seinen Dank demselben nicht darbringen könne, ging dann auf die Vorfälle der beiden Dichterfürsten: Schiller und Goethe näher ein und bemerkte, daß Schiller einen unmittelbaren Einfluß auf die Kämpfer der Freiheitskriege und auf die Volksberührung von 1848 ausgeübt. Nach der Festrede folgten wiederholte Quartettgesänge, wie Deklamationen von Gedichten, die von Blum entweder gedichtet waren, oder sich auf ihn bezogen. An der Feier nahm auch eine Deputation der Fortschrittspartei Theil. Nachts 12 Uhr schloß die Feier mit einem vom Vorsitzenden gesprochenen Gedichte.

* von Bastrow hat am Sonnabend die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil des Schwurgerichtshofes angemeldet, und hierdurch vorläufig den Eintritt der Rechtsmittel des Erkenntnisses, welches am zehnten Tage nach Fällung desselben erfolgt wäre, sowie seine Aufführung in ein Zuchthaus inhibirt. Sobald die Nichtigkeitsbeschwerde schriftlich von ihm oder seinem Defensor gerechtfertigt worden ist, geben die Alten an das Obertribunal, welches durch Urteil feststeht, ob die event. Gründe für die Nichtigkeitsbeschwerde gerechtfertigt sind oder nicht. Nur ein Formfehler oder vorbekommene Verlegungen der bestehenden Prozeßvorschriften würden eine Verhinderung des Schwurgerichtserkenntnisses und die Verweisung der Sache vor ein neues, hier zu bildendes Schwurgericht nach sich ziehen. Bis zur Entscheidung der Sache bleibt v. Bastrow in der Stadtwohlt detinirt.

* Paris, 9. Nov. Die Nachricht, daß Traupmann Geständnisse abgelegt hat, soll nicht begründet sein.

* Cormons, 8. Novbr. Der stellvertretlich verfolgte Kassirer der Bündner Bank, Schae, wurde heute von dem österreich. Grenzpolizeibeamten Engelhard in dem Moment angehalten, als er, aus Italien kommend, die österreichische Grenze betrat. Es wurden bei ihm 38,000 Frs. vorgefunden.

* Ein verlockender Heirathsantrag. Heirathslustige Damen seien auf einen Antrag in der „Chicago-Tribune“ hingewiesen, den der Indianer-Häuptling Ka-hels-ca-da-way, auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ veröffentlicht. Der große Häuptling hat gegenwärtig nur drei Weiber und wünscht seine besten Häuptlinge durch eine weise Schönheit zu vermehren. Der große Vater hat ihr ein großes, warmes Haus erbaut, Ka-hels-ca-da-way will sein Eigentum mit ihr teilen und sie auf Händen tragen. Seine drei gegenwärtigen Frauen hat er stets gut behandelt und si: niemals geschlagen. Zur vollständigen Verhügung liebestrüger Gemüther theilt der zivilisierte Häuptling noch mit, er und seine anderen Frauen würden der Auserwählten stets das Schönste und Beste zu essen geben, überhaupt Alles thun, um sie in ihrem Wigwam glücklich und zufrieden zu

Das Post-Dampfschiff „Westphalia“, Capt. Trautmann, von der Hamburg-New-Yorker Linie ist am 9. November wohlbehalten in New-York angelommen.

(Gingesandt.)

Keine Krankheit vermag der deliziösen Revalesciere du Barry zu widerstehen und bereitigt dieselbe ohne Medizin noch Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ubelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, vorunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluslow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certifikate wird portofrei und

umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalesciere Chocolatee 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chocolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsheilmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von $\frac{1}{2}$ Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 15 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalesciere Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Rossmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau

bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Schöpflin; in Königslberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Drogen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Hochlegante Petroleum-Lampen

aus in- und ausländischen Fabriken, künstlerisch und praktisch gearbeitet sind mittelst neuer Sendungen wieder eingetroffen.

Posen, Friedrichstr. 33.

Moderator-Lampen werden je nach der Lampe mit billigen wie teuren Petroleumbrennern versehen.

H. Klug.

Moderator-Lampen werden je nach der Lampe mit billigen wie teuren Petroleumbrennern versehen.

Nothwendiger Verkauf.

Das der verehrten Rechtsanwalt Wanda Wierzbowska geborenen Bekowska zu Schröder gehörige, in dem Dorfe Kożeglowy unter Nr. 1 belegene Vorwerk, abgeschägt auf 25,758 Thlr. 28 Sgr. 9 Pf. zufolge der nebst Hypotheken in der Registratur einzuhenden Tage, soll

am 28. April 1870,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhäftirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 20. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Die dem Wirtschaftsinspektor Hermann Möckmann gehörigen, in dem Dorfe Miekowo unter Nr. 1 und Nr. 8 befindlichen Grundstücke, von denen ersteres auf 3065 Thlr. 5 Sgr., letzteres auf 5143 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. zufolge der nebst Hypotheken in der Registratur einzuhenden Tage abgeschägt ist, sollen

am 27. Mai 1870,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhäftirt werden.

Die den Außenhause nach unbekannte Gläubigerin vermittelte Kaufmannstrau Auguste Krause geb. Neumann, früher zu Breslau, Altüberstraße Nr. 31, wohnhaft, wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Posen, den 24. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Posen und deren Vorstadt St. Martin unter Nr. 180 Bergstraße Nr. 12 befindliche, im Hypothekenbuch von St. Martin Vol. V Pag. 381 seqq. eingetragene, dem Kaufmann Isaac David Kaz und dessen Ehefrau Bertha geb. Bentzner gehörige Hausgrundstück, welches mit einem kleinen Innenhofe von 90 Jodoren der Grundsteuer nicht unterliegt, und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 1100 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Substation am Mittwoch 19. Januar f. J.

Nachmittags um 4 Uhr,

im Lokale des königlichen Kreisgerichts hier selbst, Geschäftszimmer Nr. 13, versteigert werden.

Der Auszug aus dem Steuerrolle, der Hypothekschein von dem Grundstück und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten etwa zustellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau VIII. des unterzeichneten königl. Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Rechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück gelind machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termin anzumelden.

Der Beschluss über die Erteilung des Befehls wird in dem auf Sonnabend 22. Januar f. J.

Vormittags um 12 Uhr, im Geschäftskloster des königl. Kreisgerichts hier Nr. 13 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Posen, den 19. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Der Substaatsrichter.

Buddee.

Ein Grundstück mit Garten auf der Büddee, soll billig verkauft werden wegen baufälliger Gebäude. Röhres im v. Kasernenstrasse Kommissions-Comtoir, Wilhelmsplatz 16.

Mein Geschäftskloster befindet sich jetzt

Wilhelmsplatz 4 und werden Bestellungen prompt und reell ausgeführt.

J. Hey,

Schuhmachermeister.

Fabrik-Etablissement.

In einer Gegend Pommerns in unmittelbarer Nähe eines Bahnhofes und schiffbaren Flusses ist ein Fabrikgrundstück, worin Eisengießerei und Maschinenbau mit Erfolg betrieben wird, Umstände halber zu verkaufen. Reiche Bauerhofs- und große Rittergutsbesitzer, welche in dieser Gegend wohnen u. noch wenig mit Maschinen versehen sind, lassen annehmen, daß die Zukunft für einen bemittelten Mann als Besitzer dieser Fabrik glänzend sein wird.

Kaufpreis 15,000 Thlr., bei 6000 Thlr. Anzahlung. Hypotheken fest bei prompter Zinszahlung.

Refektanten belieben Offerten unter G. 7151 an die Annonce-Expedition von Rudolf Mosse, Berlin, Friedrichstraße 60, zu senden.

Ein Gut in der Prov. Posen wird zu kaufen gesucht! Größe: bis 2000 Mrg. Deutsche Gegend, angenehme Lage erwünscht! Gefällige Anschläge durch die Expedition dieser Zeitung.

Die Jagd-Pacht auf der Feldmark Czerwonat läuft mit dem 19. November cur ab, weshalb sie auf andere hintereinander folgende drei Jahre meistbietend verpachtet wird. Dazu wird ein Termin am 18. November, Vormittags 10 Uhr, im Wirthshause zu Czerwonat anberaumt, wo Pachtlustige eingeladen werden.

Czerwonat, den 12. November 1869.

Krause, Schulze.

Bei Herbst- und Frühjahrsplanung empfiehlt höchstwürdige Appel-, Birnen-, Kirschen-, Tierbäume und Sträucher mein Institut zur geneigten Benutzung. Bei sehr niedrigen Preisen werden Käufer und Verkäufer zugleich größeren Nutzen erzielen, als bei den bisherigen Instituten.

Lubin b. Kattowitz, den 10. Nov. 1869.

Bieder, Kunsgärtner.

Am heutigen Tage habe ich die Verwaltung meiner Güter und meines Vermögens selbst übernommen und ist daher die dem Herrn Rechtsanwalt Julian Lewandowski am 8. September 1868 von mir ertheilte General-Vollmacht erloschen.

Posen, den 11. November 1869.

Graf Eduard Raczyński auf Rogalin.

Der Verkauf zweijähriger Böcke aus meiner reinblättrigen

Regetti-Stammherde hat begonnen, die Schupoden Impfung hat bei den Böden stattgefunden.

Hohen-Carzig bei Bahnhof Friedeberg an der Ostbahn.

Matthes.

Auf dem Dom Blizyce bei Kischkow 2jährige wollreiche Böcke zum Preise von 8—16 Thlr. zum Verkauf.

Die Guts-Verwaltung.

Die seit länger als fünfzehn Jahren gegen Gicht und Rheumatismus unübertrefflich bewährte Lairitz'sche Waldwoll-Watte, das Öl, so wie die Waldwoll-Unterkleider, Flanell, Strickgarn, Söhlen u. s. w. sind nebst genauer Gebrauchs-Anweisung für Posen nur allein echt zu haben bei Eugen Werner, Wilhelmsplatz 5.

Ein gutes, wenn auch gebrauchtes Pianino wird zu kaufen gewünscht. Näheres bei Herrn Hartwig Kantorowicz,

Bronkerstraße 6.

Eine gebrauchte gußeiserne Wendeltreppe, ca. 8 Fuß lang, wird zu kaufen gesucht von

David Reitner, Schrimm.

Die echten, nach der Komposition des königl. Professor Dr. Albers zu Bonn angefertigten, als vorzüglich wirkungsvoll erprobten Rheinischen Brust-Karamellen sind in versiegelten Tafeln à 5 Sgr. — auf deren Vorderseite sich die bildliche Darstellung „Vater Rhein und die Mosel“ befindet

— stets zu haben in Posen bei Hermann Mögelin, Bergstraße 9. Ecke der Wilhelmstraße, sowie auch in Birnbaum: L. Starzardt, Bromberg: Theod. Thiel, Braustadt: Carl Wetterström, Grätz: Louis Streissand, Nowaclaw: J. Lindenbergs, Koszalin: A. Levy, Dobrosław: C. A. Lubenanu, Nakel: A. Podgorsky, Neutomist: W. Peikert, Ostrowo: C. E. Wicha, Pleschen: J. Joachim, Nawiec: E. Frank, Schneidemühl: Louis Weber und für Wolstein bei E. Anders.

Aufrechtstehende Dampf-Maschinen

die einzigen mit isoliertem Sockel (brevetées s. g. d. g.)

HERMANN-LACHAPELLE ET CH. GLOVER

Mechaniker und Maschinenbauer, Paris, 144, Faubourg Poissonnière, Paris. Ergebbar, feststehend und losmobilit; von 1—20 Pferdekraft. Höchste Preise auf allen Ausstellungen, sowohl auf der Weltausstellung von 1867. Billiger als alle andern Systeme. Keine Aufstellung Kosten; keine besondere Feuerfest. Der Platz eines gewöhnlichen Ovens ist hinreichend für die geringen Pferdekraft. Sie werden aufschalzt geliefert, brennen auf einem Brennstoffmaterial und müssen die ganze Wärme aufnehmen von jedem Motor direkt und unterhalten werden. Sind mit einem Vorarmer für das Speisewasser, mit einem Regulator und über zwei Pferdekraft hinaus, mit veränderlichem Dampfdruck versehen. Die Regelmäßigkeit ihres Gangs macht sie für alle industriellen und agronomischen Unternehmungen anwendbar. Unbedingte Sicherheit — Bedeutende Ersparnis — Garantie. Detaillierte Prospektus in deutscher Sprache franz.

Ein Doppel-Sitzpult ist billig zu haben Wilhelmstraße 23.

Holland Segars,

milde, von gutem Brand und Geschmack, a Mille 20 Thlr., Proben zum Tausendpreis, em. fehle ich.

Carl Gust. Gerold,

Hoflieferant Sr. Majestät des Königs, Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen Berlin. Unter den Linden 24

Am 5. Januar beginnt die erste Classe der

K. Pr. 141. Staats-Lott.

Hierzu verkauft und versendet Loose:

1/4	1/2	1/4	1/8
19 Thlr.	9 1/2 Thlr.	4 1/4 Thlr.	2 1/2 Thlr.
1/16	1/32	1/64	
1 1/4 Thlr.	20 Sgr.	10 Sgr.	

Alles auf gedruckten Anteilscheinen, gegen Postvorschuss oder Einsendung des Betrages

Staatsofficehandlung Max Meyer.

Berlin, Leipzigerstraße 94.

Im Laufe der letzten 10 Jahre fielen in mein Debit Thlr. 100,000, 40,000, 30,000 20,000 etc.

Kurnik, den 9. November 1869.

J. F. E. Krause.

Ich suche einen tüchtigen Aufsichter. Dienstantritt zu Neujahr 1870.

Wandelt-Duschnik.

Einen Lehrling

fürs Comtoir, mosaischer Religion, verlangt

die Eisenhandlung von

David Reisner,

Schrimm.

Einen Lehrling mit den nötigen Schulkenntnissen suchen zum baldigen Antreit-

Gebr. Guttman.

Das Dom. Groß Elupia bei Schröder sucht zum George einen tüchtigen verheiratheten Stellmacher.

Für ein Delicatessen, Süßfrucht- und

Colonialwaren-Geschäft einer größeren

Provinzialstadt, wird ein tüchtiger Soldier junger Mann von angenehmen Neukern zum sofortigen Antreit gefügt. Adressen unter A. 1. nimmt die Expedition d. Big. an.

Drucker oder Seher findet Anstellung in der Handlung

Antoni Rose. Posen.

Ein gut empfohlener, militärfreier

Detonom

sucht zum 1. Februar oder 1. März 1870 eine

Stelle als Inspektor. Gf. Offerien unter

Chiffre A. Nr. 25. werden in der Exped.

d. Big. erbeten.

